Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiterstimme

Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-Altstadt
Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstraße 2
Fernsprech-Sammelnummer 17289 • Postscheckkonto: Amt Dresden Nummer 18563, Emil Schlegel

Organ der KPD.
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostsachsen)

Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2
Fernsprecher: Amt Dresden Nummer 17289 • Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden • Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachmittags von 3–4 Uhr (außer Sonnabends)

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschafter • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen

2. Jahrg.	Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Bestellungsgebühr) • In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises • Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen	Dresden, Dienstag, 26. Januar 1926	Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,25 RM., die Reklamezeile entsprechend an den bevorzugten Textstellen 1,75 RM. • Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition	Nr. 21

Gemeinsame Front gegen die Monarchisten

Der gemeinsame Gesetzentwurf eingereicht

Berlin, 26. November. (Eigener Drahtbericht.)

Gestern begaben sich Genosse Ernst Thälmann für die KPD., Dr. Kuczinsky für den Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids zur Fürstenabfindung, sowie Otto Wels [illegible] für die SPD. zum Reichsinnenministerium und verlangten beschleunigte Zulassung eines Volksbegehrens und Bekanntgabe der Eintragungsfrist. Die Vertreter erklärten, daß die Eintragungsfrist mindestens 14 Tage betragen soll, daß ferner zwischen der Bekanntgabe der Eintragungsfrist und dem Beginn eine Frist von 3 Wochen sein soll. Nach Erledigung dieser Formalitäten erklärten Thälmann und Dr. Kuczinsky [illegible]:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Kommunisten und der Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids zur Fürstenenteignung [illegible] mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu einem einheitlichen Volksbegehren zusammengeschlossen haben, ziehen wir hiermit den Antrag, im Falle der Zulassung des gemeinsam eingereichten gemeinsamen Antrages auf ein Volksbegehren den von der KPD. am 18. d. Mts. gestellten Zulassungsantrag nicht weiter zu verfolgen."

Ueber die gemeinsame Aufbringung der Unkosten (Listen usw.), sowie über die gemeinsame Finanzierung der Plakatierung des Gesetzentwurfes in ganz Deutschland finden heute Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen statt. Jetzt gilt es, überall Einheitskomitees zu bilden, die die Durchführung führen und die Kräfte des Proletariats für weitere Schritte zusammenzufassen.

Der erste Schritt einer breiten Einheitsfront ist durchgeführt. Jetzt gilt es, mit aller Entschiedenheit und ohne Schwankungen auf dem Wege weiterzugehen. Duldet die Arbeiterschaft keine Schwankungen, führt sie aus Betrieb und Werkstatt den Kampf mit aller Kraft, dann wird es gelingen, die monarchistische Front zu zerschlagen. Beim Volksentscheid gegen die Raubfürsten ist die Arbeiterschaft in der Lage, die antimonarchistische Front weit in die Lager der Kleinbürger hineinzutragen. Alle die geschädigten, durch die Steuerlast gedrückten Kleinbauern, die durch die Inflation enteigneten Kleinbürger sind zu gewinnen und können gewonnen werden. Mit der restlosen ernstlichen Durchführung des Volksentscheids werden die Monarchisten einen empfindlichen Schlag erleiden. Dieser Kampf aber kann die Arbeiter zusammenschweißen zu weiteren Kämpfen. Gerade die jetzt von der Reichsregierung angekündigten Diktaturbestrebungen, das freche Auftreten der Offiziere Geßlers über die Marinemeuterei zeigen, wie dringend geboten eine solche Einheitsfront ist.

Das Bürgertum zittert vor dem gemeinsamen Aufmarsch. Warnend und drohend richtet es sich an die SPD. Der „Anzeiger" schreibt gestern zum Volksentscheid:

„Man sieht, daß es sich bei dem Vorgehen gegen die Fürsten im Grunde genommen für die roten Parteien um nichts anderes handelt, als um ein innerpolitisches Manöver großen Stiles. Was der Kommunismus im Verein mit der Sozialdemokratie will, das ist überhaupt nicht so sehr eine Regelung der Eigentumsverhältnisse der Fürstenhäuser, sondern durchaus in erster Linie innerpolitischer Machtkampf. Darum geht es heute und darum bringen gerade jetzt die roten Parteien ihren taktischen Entwurf ein, obwohl sie dazu seit der Revolution weit früher Zeit gehabt hätten.... Man griff zuerst auf kommunistischer Seite den agitatorischen Agitationsstoff der Fürstenfrage auf und kalkulierte richtig, daß die Sozialdemokratie nolens volens einfach folgen müßte. Das geschieht nun dem äußeren Vorgange nach in der gemeinsamen Aktion. Aber auch die Sozialdemokratie wird und muß sich sagen, daß in der roten Front die Führung dem Kommunismus zufallen muß, wenn die Aktion wirklich einmal so gelingen sollte, wie sie jetzt im Gewande schöner agitatorischer Worte vor den Massen erscheint. Es handelt sich um weit mehr als um die Fürsten und ihr Vermögen, wenn die Räder erst einmal in das Rollen kommen!... Wird mit der Durchführung dieser taktischen Idee wirklich restlos ernst gemacht, dann kann die Sozialdemokratie gleichsam die Fabel vom Zauberlehrling an sich erleben und es vielleicht einmal bedauern, wenn sie die Geister nicht mehr los wird, die sie rief."

Aus diesem Gestammel spricht die ganze Furcht des Bürgertums vor der roten Front. Die Arbeiter werden aus diesem Verhalten des Bürgertums erkennen, daß sie auf dem richtigen Wege sind und auf diesem Wege fortmarschieren.

Massenaufmarsch gegen die Raubfürsten

Berlin, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Hier fanden gestern drei von dem Ausschuß zur Durchführung eines Volksentscheids zur Fürstenenteignung einberufene öffentliche Versammlungen statt. Die Säle waren lange vor Beginn überfüllt. Bemerkenswert ist die Zusammensetzung der Versammlung. Außer sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern waren zahlreich von Reichsbannerleuten, kleine Geschäftsleute und Beamte erschienen. Die Ausführungen der Redner, die die Einheitlichkeit der Aktion und ihre Steigerung und Weiterführung im Kampfe gegen den räuberischen Kapitalismus betonten, fanden begeisterte Zustimmung. Der Massenbesuch und die glänzende Stimmung der Versammlung beweisen, daß die von der KPD. eingeleitete und geführte Bewegung in breitesten Kreisen Wurzel geschlagen hat.

Auch die Reformisten fürchten die Einheitsfront

Düsseldorf, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische „Volkszeitung" veröffentlichte am Sonnabend folgenden Aufruf der freigewerkschaftlichen Kartelle: „Der Bundesvorstand des ADGB. hat die Vermittlung in der Sache des Volksentscheids der Fürstenabfindung übernommen. Der Ortsausschuß Düsseldorf wird, sobald die Angelegenheit geklärt ist, [illegible] Schritte zu einem Zusammenwirken einleiten. Bei dieser Entscheidung bitten wir, keine Abmachungen und Entscheidungen zu treffen. Wir fordern die Arbeiterorganisationen auf, die von der Bezirksleitung Niederrhein der KPD. angesetzten Sitzungen nicht zu besuchen. Solche örtlichen Abmachungen sind nur geeignet, die Geschlossenheit zu untergraben. Durch [illegible] Beeinflussung der örtlichen Arbeiterbewegung werden Verbände hervorgerufen, die der Sache schaden und über die sich die Interessenvertreter der Fürsten nur freuen können. Der Ortsausschuß Düsseldorf des Afa und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes."

Fürstenenteignung!

Wofür ist Hörsing?

Am Sonnabend wurde der gemeinsame Gesetzentwurf der KPD., SPD. und des Ausschusses zur Durchführung des Volksentscheides fertiggestellt; am Montag ist der Entwurf dem Reichsinnenministerium überreicht worden.

Es hat lange gedauert, und des gesteigerten Drucks der sozialdemokratischen Arbeiter bedurft, ehe sich die sozialdemokratischen Führer entschlossen, beim Volksentscheid für entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten mitzumachen.

Sie machen jetzt mit. Es kommt darauf an, daß der Druck der Arbeiter nicht nachläßt. Denn schon machen sich sozialdemokratische Führer bemerkbar und veröffentlichen Artikel, die dem Bekenntnis für entschädigungslose Enteignung abstellen.

Da ist Herr Hörsing. Herr Hörsing ist Vorsitzender des Reichsbanners und nicht irgendwer. Er ist prominentes Mitglied der Sozialdemokratie, die den Gesetzentwurf mit eingereicht hat. Otto Hörsing veröffentlicht im „Hamburger Echo" einen Artikel „Republik und Fürstenabfindung". Der Artikel könnte ebensogut in einem demokratischen Blatt stehen. Denn abgesehen von der sehr richtigen Tatsachenfeststellung, daß die Potentaten die Massen des werktätigen Volkes in das heutige Elend mit hineingeführt haben, abgesehen davon, daß Otto Hörsing die Frechheit der fürstlichen Gauner anprangert, was fordert er konkret?

Wir lesen:

„Für die Republik ist die Fürstenabfindung auf der Basis der ungeheuerlichen Ansprüche einfach untragbar."

Soll das heißen, daß die Fürstenabfindung auf anderer Basis tragbar wäre?

Sollte das heißen, daß man über die Basis verhandeln kann, daß man wie beim Pferdehandel, wenn der eine eine Mark fordert, 10 Pfennig bietet und sich nachher auf vierzig oder fünfzig Pfennig einigt?

Otto Hörsing möge eine klare Sprache führen. Zum Schluß schreibt er:

„Sollten die Beratungen im Rechtsausschuß und später im Plenum des Reichstages die Frage der Fürstenabfindungen in einer dem Ansehen und den Interessen der Republik abträglichen Weise entscheiden, wird es Aufgabe der Republikaner sein, den Volksentscheid herbeizuführen."

Kein Wort über den Vorschlag der KPD. und SPD.! Kein Wort über die Verhandlungen, die zur Zeit der Veröffentlichung des Hörsingschen Artikels im Gange waren!

Wir können nicht annehmen, daß Otto Hörsing nichts davon gewußt hat. Denn Otto Hörsing ist nicht irgendwer; er ist Vorsitzender des Reichsbanners und prominenter Sozialdemokrat! Warum nimmt er keine Stellung?

Warum schweigt er zu den Verhandlungen und hofft auf den Rechtsausschuß des Reichstages, wo jedes politische Kind heute weiß, daß dieser Reichstag und sein Rechtsausschuß den ausgekrachten Fürsten nicht wehe tun werden?

Wir glauben, daß eine offene Stellungnahme für oder gegen entschädigungslose Enteignung nicht nur die Millionen Werktätigen, sondern auch ganz besonders die Arbeiter im Reichsbanner interessieren würde!

Herr Hörsing mag antworten. Ist er für oder gegen? Die Antwort der Arbeiter wird nicht ausbleiben!

Völkische Ueberfälle gegen Reichsbannerleute

Gotha. Auf dem Nachhauseweg von einer Reichsbannerkundgebung wurde der Reichsbannerführer Hörsing, der sich in Begleitung von acht Reichsbannerleuten befand, von einer völkischen Horde überfallen. Drei Reichsbannerleute wurden mit allen möglichen Mordwaffen im Dunkel eines Gartens, von hinten, schwer verletzt. Hörsing gelang es, in sein Hotel zu entkommen.

Die Ermordung unserer Matrosen-Kameraden

und die Schuld der USP.

Von A. Kebe, ehem. Oberheizer auf „Moltke"

Dittmann enthüllt. Er gibt der Oeffentlichkeit Kenntnis von den Vorgängen bei der Flotte, die sich im Juli 1917, also vor 9 Jahren ereignet haben, und durch die nationalistische Presse als Meuterei, Verschwörung und ähnlich bezeichnet werden, an der die USP. schuld sein soll. Dittmann „enthüllt", daß das nicht zutrifft. Und er hat Recht. Was er sagt, stimmt: Die USP. war weit davon entfernt, auf die Soldaten im allgemeinen und auf die Marine im besonderen revolutionär einzuwirken, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln, die proletarische Revolution zu organisieren, die Waffen gegen die herrschende Klasse zu richten, um diese niederzukämpfen und die Herrschaft des Proletariats aufzurichten, wie es Lenin lehrte, und wonach das russische Proletariat im Oktober 1917 handelte. Was sich auf den Schiffen der deutschen Flotte im Juli 1917 ereignete, war nicht einmal ein schwacher Ansatz dazu. Es gab damals in Deutschland nur wenige, die Lenins Leben kannten, es gab keine Bolschewiki, auch nicht bei der Marine. Es gab bei der Marine auch keine „Spartakus"-Anhänger. Ich glaube sagen zu können, daß auf nicht einem Schiffe die Spartakus-Briefe bekannt waren. Der Wille zur Revolution, das bewußte Daraufhinarbeiten war nicht vorhanden. Und die Schuld der halben USP.-Führer war es ja gerade, daß sie den Frieden als Ziel aufstellten, uns aber nicht den revolutionären Weg dazu zeigten. Es gab bei der Marine nur Anhänger, teils frühere Mitglieder der Sozialdemokratie. Auch ich gehörte zu ihnen. Wir kannten das Erfurter Programm, besonders interessierte uns der Absatz über die Stellung zum Krieg. Was darüber im Erfurter Programm stand, entsprach unserer Auffassung. Mehr nicht. Wir sahen, daß die Sozialdemokraten nicht nach ihrem Programm handelten, sondern den Militaristen die Kriegskredite bewilligten. Das verstanden wir nicht. Viele von uns sehnten sich nach Beendigung des Krieges. Blieb uns doch das Elend, die Not durch den Krieg verursacht, nicht unbekannt. Wir spürten es ja am eigenen Leibe. Die Verpflegung war hundsmiserabel für die Mannschaften, die Offiziere schwelgten, sie lebten gut. Sie hatten gut reden vom Durchhalten. Wir aber wollten den Frieden. Als dann die 19 unabhängigen Sozialdemokraten sich gegen weitere Bewilligung von Kriegskrediten erklärten, wurden unsere Hoffnungen auf baldigen Friedensschluß lebendig. Unsere Sympathien wandten sich ihnen zu. Ueberhaupt gehörte unsere Sympathie allen, die gegen die Fortführung des Krieges waren. Die Forderung eines „Friedens ohne Annexionen und Kontributionen", wie sie die USP. aufgestellt hatte, fand unseren Beifall. Für die Stockholmer Konferenz zeigten wir ein großes Interesse.

Um unsere Friedenssehnsucht zu dokumentieren, sammelten wir Unterschriften. Aus eigenem Antrieb, nicht aufgefordert durch die USP.

Das war damals unsere politische Tätigkeit. Kein Mensch bei uns dachte an bewaffneten Aufstand. Sonst kümmerten wir uns nur um Bordangelegenheiten, wie Verpflegung und Dienst. Im verstärkten Maße taten wir das, als wir auf Anweisung des Kommandos März 1917 eine sogenannte Beschwerdekommission bildeten. In dieser Tätigkeit erblickten die kriegsbegeisterten, weil gutgenährten, Offiziere ein Verbrechen.

Wenn heute, nach neun Jahren, Dittmann feststellt, daß die Erschießung von Koebes und Reichpietsch ein Verbrechen, ein Mord war, so hat er auch hierin bestimmt recht. Warum wurden die Mörder und Verantwortlichen an dem Mord 1918 aber nicht zur Rechenschaft gezogen? Das ist die Schuld der damaligen USP.-Führer, das ist die Schuld des ehemaligen Rates der Volksbeauftragten!

Ich habe gelernt aus diesen Dingen und erkannt, daß lediglich der Weg, den die russischen Bolschewisten im Oktober 1917 gegangen sind, der richtige ist. Während wir in Deutschland uns in Illusionen über die Stockholmer Friedenskonferenz wiegten, bereiteten sie den Entscheidungskampf mit der bis dahin herrschenden Klasse vor. Sie haben die Schlacht gewonnen und die Verbrecher am Proletariat der verdienten Strafe zugeführt.

Die Erstickung der proletarischen Revolution in Deutschland ist durch die Halbheiten der USP.-Führer verschuldet. Anstatt uns schon 1917 den revolutionären Weg zu weisen, haben sie bei uns Illusionen über den guten Willen des kapitalistischen Regimes genährt. So kam es, daß dieses Regime unsere Kameraden Reichpietsch und Koebes vorsätzlich ermorden konnte, ohne daß diese und ihre Kameraden überhaupt eine Gefahr für das herrschende Regime gewesen wären.

SLUB
Wir führen Wissen.

Reichswehrministerium und Große Koalition auf der Anklagebank

Die Deutschnationalen rühren sich

Berlin, 25. Januar. (Telunion.) Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht ein umfangreiches Wirtschaftsprogramm, dem wir folgendes entnehmen: „Die Grundlagen des Dawesplanes haben sich als haltlos erwiesen. Wirtschaft und Lebenshaltung in Deutschland sind in immer stärkerem Maße zurückgegangen. Ein furchtbares Kennzeichen hierfür ist die Arbeitslosigkeit. Die Lasten des Reiches haben sich in einem einzigen Jahre infolge des Dawesplanes um über 1000 Millionen erhöht. Wir fordern die Reichsregierung auf, entscheidende handelspolitische Maßnahmen zu treffen, um die deutsche Arbeit und die deutsche Produktion vor dem völligen Erliegen zu schützen. Aufgabe der Reichsbank wäre es gewesen, der großen Kapitalarmut der heimischen Produktion durch angemessene Wirtschaftskredite zu erträglichem Zinsfuß zu helfen. Währung und Reichsbankpolitik müssen von ausländischem Einfluß befreit und wieder organische Bestandteile der deutschen Wirtschaft werden. Die Lebenshaltung der deutschen Verbraucherschaft in den nächsten Jahren wird davon abhängen, daß die Preise der Agrarprodukte in ein gesundes Verhältnis zu den Preisen der Produktionsmittel kommen. Ein Grundproblem ist die Lösung der Kreditfrage. Die produktionshemmende Last der schwebenden Wechselschulden muß durch schnelle Umwandlung in langfristige Kredite zu mäßigem Zinsfuß tragbar gemacht werden. Auf die Dauer kann die Kreditnot nur aus eigener Kraft durch Zusammenwirken von Wirtschaft und Staat behoben werden. Als ein Hauptzweck aller öffentlichen Verwaltungen muß die Produktionsförderung erkannt werden. Wir fordern **Beschränkung des öffentlichen Aufwandes.** Den Anfang hierzu erblicken wir in einer erheblichen Vereinfachung **der Steuern und der Steuerverwaltung.** Die öffentlichen Verkehrsunternehmungen müssen wieder zu Instrumenten der deutschen Wirtschaft werden. Die überspannende Ausgabenwirtschaft hat ihren Grund in den Ansprüchen des parlamentarischen Systems. Wir verlangen die Erhaltung **eines unabhängigen Berufsbeamtentums.** Eingreifende **Verfassungsänderungen** werden in Reich und Ländern nicht zu umgehen sein. Eine grundsätzlich durchgeführte Sparsamkeit erfordert auch eine Beschränkung der Zahl der Abgeordneten in den vielen Parlamenten. Die Sozialfürsorge und die Sozialpolitik **müssen unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft fortgesetzt werden.**

*

Nachdem schon die Schwerindustriellen ein Programm gebracht, kommen jetzt die Agrarier nach. Im Ton sind die alten Betrüger und Bauernfänger geschickter. Im Grunde aber wollen sie eine weitere Einschränkung für die sozialen Ausgaben und Mehrarbeit für die Arbeiter. Was heißt das: „Beschränkung des öffentlichen Aufwandes", Sozialpolitik unter „Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit"? — Das heißt ganz nüchtern: Da nicht viel Geld da ist, die Kapitalisten nichts zahlen wollen, lassen die Sozialausgaben eingeschränkt werden. Der Ruf nach den Berufsbeamten ist der Ruf nach der Erhaltung eines reaktionären Beamtenkörpers. Agrarische und kapitalistische Reaktion hat ihr Programm unterbreitet — die Einheitsfront der Arbeiter muß die Antwort erteilen.

Geßler droht mit Diktatur

Auf der am Sonntag in Berlin stattgefundenen Tagung des Parteiausschusses der Demokratischen Partei erschien außer den anderen demokratischen Regierungsmitgliedern mitten in der Diskussion plötzlich auch Reichswehrminister Geßler, um die gegen ihn erhobenen schweren Anschuldigungen zu beantworten. Er schimpfte auf die demokratische Presse, die ihn nicht genügend decke und der er vorwarf, das „Geschwätz von der Diktatur" aufgegriffen zu haben.

Wenn es notwendig sei und die „Rettung des Vaterlandes" es erfordere, werde er die Diktatur einführen.

Weiter führte er aus, daß er vom Zentrumsminister Brauns dazu veranlaßt worden sei, in der Regierung zu verbleiben. Ueber das Auftreten Canaris gab er ziemlich gewundene Erklärungen ab, kündigte jedoch an, daß Canaris nicht mehr vor dem Ausschuß erscheinen werde, weil er sein Verhalten „mißbillige".

Auf der Tagung kamen Stimmungen der demokratischen Parteimitgliedschaft zum Ausdruck, die das offene Paktieren der Demokraten mit den Monarchisten mißbilligen. Diesen Stimmungen wurde in einer Resolution Rechnung getragen, die dem Reichskanzler vorwirft, gegenüber den bayerischen Separatisten eine allzu große Nachgiebigkeit an den Tag gelegt zu haben. Im übrigen billigte der Parteiausschuß die Regierungsbeteiligung und sprach sein Bedauern darüber aus, daß die SPD. durch den Druck der Arbeiter gehindert wurde, in die Große Koalition einzutreten.

Deutschland fährt zur Abrüstungskonferenz

Berlin, 25. Januar. (Telunion.) Nach Bildung des neuen Reichskabinetts hat der Reichsminister des Auswärtigen dem Generalsekretär des Völkerbundes durch Schreiben vom 22. Jan. mitgeteilt, daß die Reichsregierung der Einladung zu der Tagung des vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz in Genf Folge leisten wird und die Benennung der deutschen Delegierten für diese Tagung sich vorbehält. Nach einer Meldung aus Genf ist die Antwort der Reichsregierung auf die Einladung zur Abrüstungskonferenz heute beim Generalsekretär des Völkerbundes eingetroffen.

*

Der Wert dieser Konferenz ist daraus ersichtlich, daß man durch die ununterbrochene Belästigung Rußland von der Teilnahme fernhält. Damit zeigt sich die „Abrüstungs"konferenz als eine Zusammenkunft der Kriegsrüstung gegen Rußland.

Die Erwerbslosenlawine wächst

Mannheim, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der Erwerbslosen ist in der letzten Woche um 9000 gestiegen, so daß die Gesamtzahl 89 000 beträgt.

Die Abzüge für die Erwerbslosenfürsorge werden erhöht

Amtlich wird mitgeteilt: Der Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung hat den einheitlichen Beitrag mit Wirkung vom 1. Februar bis auf weiteres auf 3 Prozent des Grundlohnes festgesetzt. Hiervon ist 1 Prozent des Grundlohnes als Reichsanteil an die beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung gebildete Reichsausgleichskasse abzuführen. Der Rest verbleibt den örtlichen oder bezirklichen Stellen, soweit er dort gebraucht wird. Der Reichsrat hat diesen Festsetzungen zugestimmt.

Die Abzüge, die den Arbeitern gemacht werden, werden gesteigert, die Erwerbslosen erhalten weiter Bettelpfennige.

Der Untersuchungsausschuß über die Ereignisse in der Marine im Jahre 1917 und 1918 hat in diesen Tagen die bodenlose Niederträchtigkeit, die schamlose Mordjustiz und Lockspitzelwirtschaft der kaiserlichen Zeit gebührend beleuchtet. Dem Skandal der Monarchie gleichwertig ist aber der Skandal der Republik der bei der Besprechung des sozialdemokratischen Antrages auf Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Femeorganisationen und Fememorde in der Sonnabend-Sitzung des Reichstages vor den breiten Massen aufgedeckt wurde.

Als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion begründete der Abg. Saenger in ziemlich lahmer Weise den Antrag.

Für das Zentrum stimmt der Abgeordnete Neumann dem sozialdemokratischen Antrag zu.

Genosse Schneller erklärt, daß auch die kommunistische Fraktion dem Antrag zustimmt, obwohl sie sich keine Illusionen macht, daß — gerade nach dem vorliegenden Material und nach dem bisherigen Verhalten der Regierungen — eine restlose Klärung durch das Parlament erreicht werden könne. Es handelt sich vor allem darum, daß die breiten Massen erkennen, in welchen Rechtszuständen wir in der Republik der Weimarer Verfassung leben, und wie dem Treiben von Regierung, Parteien und geheimen Organisationen ein Ende gemacht werden kann. Der Ausschuß hat vor allem folgende sechs Punkte festzustellen:

Den Tatbestand der Fememorde überhaupt, die Organisationen, die den Mordauftrag gegeben haben, die Verbindung dieser Organisationen mit den Parteien und Verbänden der Bourgeoisie, die Verbindung der Femeorganisationen mit den Behörden, der Regierung und der Reichswehr, das Verhalten der Polizei bei der Verfolgung der Mörder und schließlich die Art der Durchführung der Prozesse vor den Gerichten. Die politische Konsequenz aus diesen sechs Hauptpunkten wird allerdings nicht im Reichstag, sondern von den Volksmassen gezogen werden, die den an ihnen verübten Betrug erkennen und das nachzuholen beginnen, was 1918 versäumt wurde.

In Ausführung der Darstellung, an Hand umfangreichen Materials, gibt Genosse Schneller dann eine Darstellung der einzelnen Fememordfälle. Er weist nach, daß die Fememordorganisationen in den einzelnen Teilen Deutschlands nicht isoliert gearbeitet haben, daß die beiden Hauptorganisationen, nämlich die bei der schwarzen Reichswehr und bei den völkischen Verbänden, durch Verbindungsleute in enger Beziehung miteinander standen. **Besonders wichtig ist das Material, das er über die Beziehungen des „Stahlhelm" zu den Mordorganisationen beibrachte.**

Weitgehendste Unterstützung wurde den Mordorganisationen von den Angehörigen des Landbundes in Mecklenburg gewährt. Aber auch der Heimatbund in Ostpreußen hat sie finanziell unterstützt, ebenso wie Unternehmerverbände größere Geldmittel für die Flucht der Fememörder zur Verfügung gestellt haben.

Alle diese Organisationen, und das ist der wichtigste Punkt, auf den sich die Untersuchung zu erstrecken hat, haben die Gewißheit gehabt, daß von seiten der Behörden alles getan wird, um die Bestrafung der Mörder zu verhindern. Hier besteht die Mitschuld der Reichsregierung, insbesondere des Reichswehrministeriums, sowie der Heeresleitung unter General von Seeckt. Die Regierung hat durch Beschränkung der Rekrutierungsmannschaften der schwarzen Reichswehr auf den Kreis der vaterländischen Verbände eine Sicherung getroffen, sie ist auch z. B. gegen die sächsische Zeigner-Regierung mit den schärfsten Mitteln vorgegangen, als diese Enthüllungen versuchte. Erst 1925 hat Geßler die Existenz der schwarzen Reichswehr, den Zweck zur Niederschlagung der Arbeiter und zugleich das Einverständnis der Entente zugegeben.

Wenn heute gerade die SPD. einen Untersuchungsausschuß beantragt, so muß man sich fragen, was sie im Jahre 1923, als sie sowohl in der preußischen als auch in der Reichsregierung saß und unter allen Umständen von der Existenz und dem Charakter der schwarzen Reichswehrbande wissen mußte, getan hat. Gerade in der Zeit der Großen Koalition sind ja die Fememorde verübt worden, sind die Vorbereitungen zu den Putschen getroffen worden.

Man muß sich heute schon darüber klar sein, daß die Feststellungen sich vor allem auf das Verhalten der Behörden erstrecken haben. Diese haben sich die ungeheuerlichsten Vergehen zuschulden kommen lassen. Die politische Polizei hat in einem Fall den Mitgliedern der Mordorganisation Verdächtige mit Nachforschungen beauftragt, in dem Urteil des Schweriner Gerichts ist festgestellt, daß die Angeklagten allen Grund zur Annahme hatten, daß die maßgebenden Regierungsstellen mit ihrem Vorgehen einverstanden waren. Die Nachforschungen nach den Fememorden werden auch dadurch sabotiert, daß jeder Fall einzeln behandelt und nicht als der offenkundig auf der Hand liegende Zusammenhang beachtet wird. Auch die Abteilung Ia in Berlin hat man in Verbindung mit den Nachforschungen gezogen, man muß die Regierung dafür verantwortlich machen. Auch jetzt noch wird alles getan, um eine Ergreifung der Mörder zu verhindern, so man die Steckbriefplakate nur in den größeren Städten verteilt, damit die auf die mecklenburgischen Gutshöfe Geflüchteten unbehelligt bleiben.

Um so dringender verlangen wir unverzügliche restlose Klärung über die Fememordorganisationen, die von Reichswehr und industriellen Verbänden bezahlt, seinerzeit auf die Arbeiter Mitteldeutschlands losgelassen wurden. Die Schandtaten in **Sachsen** und Thüringen sind heute noch ungesühnt. **Dafür sitzen heute noch Hunderte von ehrlichen revolutionären Arbeitern wegen der Vorgänge von 1923.**

In wenigen Tagen wird die Regierung der Femeretter wieder auftreten, die Regierung, in der ein Geßler sitzt und man davon sprechen, daß wir in einem geordneten Rechtsstaat leben. Die Regierung wird vielleicht wieder ausdrücklich feststellen, daß die Verfassung nicht geändert werden soll.

Und in dieser Regierung sitzt derselbe Geßler, der im Bunde mit der schwarzen Reichswehr damals eine Denkschrift niedergelegt hatte, worin stand, es solle ein deutscher Einheitsstaat von **der Militärdiktatur geschaffen werden, eine Denkschrift,** die er **zwar ableugnet, die wir aber bereit sind, auf den Tisch des Hauses niederzulegen, um zu beweisen, daß er mit den Faschisten gemeinsame Sache gemacht hat. Nicht bloß mit den Femeorganisationen ist er verbunden; er ist auch verbunden mit den Münchener Putschisten: 1923 genau so wie später, wo er sich verpflichtet hat, gegen die Königsmacher nicht aufzutreten.** (Lebhafte anhaltende Rufe bei den Kommunisten.)

Die Tatsachen, die der Untersuchungsausschuß über den Marineaufstand 1917 festgestellt hat, zeigen, mit welcher Skrupellosigkeit das kaiserliche Deutschland vorgegangen ist. Bei der Femeuntersuchung wird sich zeigen, welches korrupte System in der deutschen Republik herrscht. Die Beweise, die dort angeführt werden, werden wir benutzen, um die breiten Massen aufzurufen, diesen ganzen faulen, morschen und stinkenden Staatsapparat zu säubern. Das Urteil wird nicht ein Untersuchungsausschuß fällen, nicht ein Gericht dieser Republik, nicht ein Reichstag wie dieser!

Nach dem Genossen Schneller gibt Ronneburg eine dem Antrag zustimmende Erklärung der Demokraten ab.

Der Redner der deutschvölkischen Freiheitspartei [illegible] macht krampfhafte Versuche, die Angelegenheit ins [illegible] zu ziehen. Da er sich bei seinen Angriffen auf Sowjetrußland und bei dem Versuch, die Tat Friedrich Adlers mit den Taten der Fememeuchelmörder auf ein Niveau zu stellen, einige niederträchtige Frechheiten erlaubt, kommt es bei seiner Rede mehrfach zu großem Tumult.

Schließlich wird der sozialdemokratische Antrag als angenommen erklärt, da er von mehr als einem Fünftel der Abgeordneten unterstützt erscheint. Die Zahl der Ausschußmitglieder wird mit Ziffer 21 festgesetzt.

Dann vertagt sich der Reichstag, um am Dienstag für die Erklärung der neuen Regierung bereit zu sein.

Steuerabbau in Sicht?

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat vor dem Verband der sächsischen Industriellen in Dresden eine bemerkenswerte Abschiedsrede gehalten. Reinhold war bisher sächsischer Finanzminister. Unter den neuen Männern der zweiten Lutherregierung sind zwei Vertreter gerade der sächsischen Bourgeoisie, Finanzminister Reinhold und der Innenminister Külz, früher Bürgermeister in Dresden. Die zweite Lutherregierung unterscheidet sich von der ersten dadurch, daß in ihr die Fertigindustrie ein stärkeres Gewicht hat. So sind gerade die Interessen der sächsischen Fertigindustrie durch zwei sogenannte Demokraten im neuen Reichskabinett vertreten. Herr Reinhold übte in der erwähnten Rede an den Steuergesetzen des letzten Sommers scharfe Kritik. Er versprach einen weitgehenden Steuerabbau. Das klingt sehr verlockend. Aber die Arbeiterschaft soll sich darum keine besonderen Hoffnungen machen. Herr Reinhold steht der alten Schliebenschen Finanzreform ungefähr ebenso gegenüber, wie der Reichstagsabgeordnete Fischer von der Demokratischen Partei, der Hauptrufer im Streit gegen das Schliebensche System. Herr Fischer, vielfacher Aufsichtsrat und Wortführer von Fertigindustrie und Handel, hat im letzten Sommer die Finanzgesetze der Regierung nicht etwa von links, sondern von rechts kritisiert. Ihm war die Steuerbelastung der Kapitalisten noch viel zu groß! Wenn Herr Reinhold sein Finanzprogramm verwirklicht, dann wird man die Steuern der besitzenden Klassen noch mehr herabsetzen. Man wird sich aber hüten, die werktätigen Massen ernstlich zu entlasten. Die Herren Reinhold und Külz haben in der Regierung die Aufgabe, im Sinne der Fabrikantenverbände die Rationalisierung zu fördern. Dazu gehört auch die steuerliche Entlastung des Unternehmertums. Aber vor allem die noch schwerere Belastung des werktätigen Volkes.

Ein Schwindelunternehmen vor der Auflösung

Wie uns mitgeteilt wird, soll das „Volksnotopfer" aufgelöst werden. Die Unterschlagungen und die Benutzung der Gelder für die reaktionären Verbände sind zur Genüge bekannt. Die KPD. hatte die Auflösung gefordert.

Reichskonferenz des RFB.

Die für den 13. und 14. Februar angesetzte Reichskonferenz des RFB. wird aus politischen und organisatorischen Gründen auf den 30. und 31. März verlegt.

Nähere Anweisungen erhalten die Kameraden durch die Gauleitung.

Bundesleitung des RFB.

Amtsenthebung des Feldbischofs Zadravetz

Berlin, 28. Januar. Wie der „Lokalanzeiger" aus Budapest meldet, wurde der Feldbischof Zadravetz seines Amtes enthoben.

Rußlands Erfolg in der Mandschurei

Iwanoff freigelassen

Aus Peking wird gemeldet, daß beim Sowjetbotschafter ein Telegramm des sowjetrussischen Generalkonsuls eingelaufen ist, in welchem mitgeteilt wird, daß Tschangtsolin den Generaldirektor und die Beamten der Ostchinesischen Bahn freigelassen hat.

Beruht die Meldung auf Tatsache, dann hat die Sowjetmacht im Osten einen neuen entscheidenden Sieg errungen.

Die Sowjetunion wird die Frechheiten Tschangtsolins nicht dulden.

Moskau. Die „Prawda" vom Sonntag sagt in ihrem Leitartikel: „Eine beispiellose Frechheit der chinesischen und russischen Weißgardisten" folgendes zum Konflikt der Sowjetunion mit Tschangtsolin: **„Die reaktionären chinesischen Generale irren sich, wenn sie sich einbilden, daß der Arbeiter- und Bauernstaat es dulden werde, daß Tschangtsolin mit russischen Arbeitern ebenso grausam umgeht, wie er es mit chinesischen Proletariern tut. Diese Gewalttäter irren sich, wenn sie glauben, daß sie unseren Staat ebenso behandeln dürfen, wie das unterjochte China. Die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion haben ihr Blut in unserer großen Revolution nicht vergossen, damit die weißgardistischen Generale die Errungenschaften der russischen Revolution abwürgen. Die Sowjetunion wird die Gewalttaten Tschangtsolins nicht weiter dulden."**

*

Zu der Niederlage Tschangtsolins wird uns noch gemeldet: Nach einem Telegramm, das der russische Gesandte Karachan vom russischen Generalkonsul in Charbin erhielt, hat der General Tschangtsolin sich dem russischen Ultimatum gefügt. Er hat gestern abend die Freilassung des russischen Direktors Iwanoff der Ostchinesischen Eisenbahn angeordnet, ebenso aller anderen verhafteten Sowjetbeamten und Mitglieder der Gewerkschaften. Sowjetrußland hatte gegenüber der Provokation des weißen Generals durch das Ultimatum seine Stärke gezeigt. Nach Meldungen der „B. Z. am Mittag" wurden 10 000 Mann der roten Armee in der Umgegend von Charbin zusammengezogen. Das Organ des deutschen Außenministers Stresemann triumphiert schon über den „Mißerfolg Rußlands in Ostasien". Das Zurückweichen des Generals Tschangtsolin vor Sowjetrußland zeigt die Macht und ist ein Erfolg Sowjetrußlands.

Dresden

Die Krisis auf dem Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosigkeit in Dresden hat nach einem Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises auch in der vergangenen Woche vom 18. bis 22. Januar zugenommen. Der anhaltende Frost und Schneefall zwang vor allem in den Außenberufen die meisten Betriebe zu vorübergehender Stillegung. Aber auch in den Kreisen von Industrie und Handwerk fanden weitere Betriebseinschränkungen und Arbeitsentlassungen statt. Der Bestand an Arbeitsuchenden erhöht sich um 798 auf 27 877 (27 079). Aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge wurden in der Berichtswoche insgesamt 33 308 Personen unterstützt, darunter 18 173 (in der Vorwoche 16 808) vollerwerbslose, darunter 4345 (in der Vorwoche 4345) Aussetzer und 12 202 (10 884) Teilunterstützungsempfänger.

Der Umfang der Erwerbslosigkeit nähert sich dem Stande im Winter 1923/24. Im vorigen Winter, in dem der Arbeitsmarkt keineswegs als günstig bezeichnet werden konnte, ist der gegenwärtige Stand auch nicht annähernd erreicht worden. Anfang Januar 1925 hatten wir 13 500 Arbeitsuchende und 7000 Unterstützungsempfänger. Zahlen, die jetzt bereits um das Doppelte übertroffen sind. Diese wenigen Zahlen zeigen die ganze Schwere der Wirtschaftskrisis.

Die Landwirtschaft hat ihren Personalbedarf in der Hauptsache bereits zu Neujahr eingedeckt. Männliche Kräfte wurden nur noch vereinzelt angefordert, während an weiblichen jüngeren Arbeitskräften noch immer Mangel herrscht. Der öffentliche Arbeitsnachweis Dresden ist mit allen Kräften bemüht, dem Mangel durch Ueberweisung arbeitsuchender großstädtischer Arbeiterinnen abzuhelfen. Die Bäckereien nahmen wegen des Schneefalles Entlassungen vor. Im Baugewerbe mußten die Arbeiten zwar fast überall eingestellt werden, meist wurde nur ausgesetzt. Industrie und Handwerk zeigen in sämtlichen Berufsgruppen einen weiteren Zugang an Erwerbslosen. Sowohl in der Metallindustrie als auch im Holzgewerbe bestehen noch die Nachfrage auf Spezialkräfte und tageweise Arbeiten. Die Schuhindustrie nahm weitere Entlassungen vor. Auch Schneider und Schneiderinnen, ferner Kürschner und Pelznähterinnen meldeten sich erneut arbeitslos. In der Bekleidungsindustrie fanden einige Neueinstellungen statt, doch muß die Gesamtlage noch als ungünstig beurteilt werden. In der Zigarettenindustrie ist gleichfalls noch keine Besserung zu verzeichnen.

In den Angestelltenberufen beschränkte sich die Anforderung auf jüngere Kräfte zur vorübergehenden Beschäftigung. Stellen für Provisionsreisende lagen zwar in großer Anzahl vor, doch werden sie von den Arbeitsuchenden wegen der geringen Verdienstaussichten meist abgelehnt. Im übrigen in den kaufmännischen Berufen ist nach wie vor die Arbeitsmarktlage außerordentlich schwierig. Die Abteilung für Krankenpflege wurde von Kliniken und Anstalten in Anspruch genommen. Die Vermittlung in Privatpflegen hat wegen der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage stark nachgelassen.

Das Rettungswesen der Stadt Dresden in Frage gestellt

Die Ortsgruppe Dresden des „Verbandes deutscher Berufsfeuerwehrmänner" ersucht uns, nachstehende Erklärung zu dem Unglücksfall Am See, bei welchem ein junger Mensch schwer verletzt wurde, zu veröffentlichen. Wir kommen dieser Bitte sehr gern nach, sind doch in ihr gezeigt, daß den Beamten des Rettungsdienstes keine Schuld an der bekannten Verzögerung trifft. Und wenn die Verzögerung auch auf den Rettungsdienst abgewälzt werden könnte, eine Schuld, nach den unten geschilderten Zuständen, kann den Feuerwehrmännern nicht beigemessen werden.

Die Zustände, wie sie von der Ortsgruppe des „Verbandes der Feuerwehrmänner" gezeigt werden, sind geradezu unerhört. Es stehen für das ganze Gebiet Dresden nur 5 Krankenautos zur Verfügung, und 10 (zehn) Mann, welche den Rettungsdienst versehen. Auf jeden einzelnen entfallen im vorigen Monat 1000 Krankentransporte, bei einer Dienstleistung von 24 Stunden jeden zweiten Tag. Und am dienstfreien Tag (24 Stunden) Sicherheitsdienst in den Theatern usw. Das bedeutet eine gewaltige Arbeitsüberlastung der Feuerwehr, so daß die Sicherheit der Einwohner durch die mindestens 80stündige Arbeitsleistung in der Woche in Frage gestellt wird. Wo bleibt hier der achtstündige Arbeitstag? Was gedenkt der Rat zu tun, um hier Abhilfe zu schaffen und den Dresdner Einwohnern die Sicherheit einer sofortigen Hilfe bei Unglücksfällen zu geben? Das Schreiben der Feuerwehrmänner ist ein Notschrei, der nicht nur sie, sondern die gesamte Einwohnerschaft Dresdens betrifft. Die gesamte Dresdner Arbeiterschaft muß die Forderung aufstellen:

Einführung des Achtstundentages für die Feuerwehrmänner. Erhöhung des Rettungsdienstes. Wiedereinstellung der vom Abbau betroffenen Feuerwehrmänner

zur Sicherung des gesamten Lösch- und Rettungsdienstes und Unmöglichmachung dieser ungeheuerlichen Ausbeutung von Arbeitern und Beamten. Das Schreiben lautet:

Ortsgruppe Dresden des Verbandes deutscher Berufsfeuerwehrmänner

Feuerwehr und Einwohnerschaft!

Bezugnehmend auf den Bericht in den „Dresdner Neuesten Nachrichten" vom 18. d. M. mit der Ueberschrift: „Unglücksfall und letzte Hilfe", der bereits von derselben Tageszeitung auf Veranlassung des Rates richtiggestellt wurde, teilt die Ortsgruppe Dresden des Verbandes deutscher Berufsfeuerwehrmänner, als zuständige Berufsorganisation der Dresdner Berufsfeuerwehrleute folgendes mit:

„Daß in Dresden das Unfall- und Krankenbeförderungswesen den Feuerwehrmännern anvertraut wurde, also jenen Männern, die unter eventuellen Einsetzung ihres Lebens jede Sekunde bereit sind, sich für das Gut, die Gesundheit und das Leben ihrer Mitmenschen einzusetzen, sollte eigentlich schon für die Oeffentlichkeit die Gewähr dafür sein, daß die ausführenden Organe ihr alles daransetzen, jederzeit das Höchstleistungsmaß an Schnelligkeit, verbunden mit sachgemäßer Hilfeleistung zu erreichen."

Die Berichtigung vom 21. Januar seitens des Rates beweist aufs neue, daß der Apparat funktionierte, denn wenn man bedenkt, daß die Krankenwagen den allgemeinen polizeilichen Verkehrsbestimmungen unterliegen, also kein Fahrvorrecht haben, dann ist die Zeit von 22 Minuten von der Feuerwache Louisestraße bis nach der Unfallstelle Am See, Aufladen des Verunglückten und Fahrt nach dem Krankenhaus Friedrichstadt eine Zeitdauer, die als äußerst niedrig bezeichnet werden muß.

Wenn man weiter bedenkt, daß die Feuerwehrmänner Dresdens trotz der Eingemeindung der Vororte noch weiter abgebaut wurden und z. B. mit 5 Krankenwagen und einem gesamten Personal von 10 Mann im vorigen Monat annähernd 1000 Krankentransporte bewältigen, so muß die Leistung anerkannt werden. Dazu kommt, daß der Feuerwehrmann 24 Stunden Dienst hintereinander tut und in seiner darauffolgenden 24stündigen Freizeit noch die Sicherheitswachen in Theatern, Meldeprüfen usw. stellt und dadurch eine ganz erhebliche Mehrdienstleistung verrichtet, die durch den Personalabbau hervorgerufen wurde.

Der Feuerwehrmann tut trotz alledem seine Pflicht, ohne besonderes Lob zu beanspruchen; doch ein Mindestmaß von Gerechtigkeit und Verständnis muß den ausführenden Organen seitens der breiten Oeffentlichkeit entgegengebracht werden.

Des Feuerwehrmanns erste Grundeigenschaft ist Pflichtgefühl steter Hilfsbereitschaft, gepaart mit echter Menschenliebe für alle Volksgenossen, ganz gleich, welchen Standes. Es berührt sehr unangenehm, wenn die in Frage kommenden Feuerwehrmänner, die sich bewußt sind, ihre Pflicht voll und ganz auf der Unfallstelle getan zu haben, mit nicht wiederzugebenden Redensarten seitens des Publikums bedacht werden, und außerdem durch die herandrängenden Menschenmassen in der Ausübung ihres Hilfswerkes noch wesentlich behindert werden.

Wenn es zutreffend sein sollte, daß der schwer Verunglückte Am See fast eine halbe Stunde in Kälte und Schnee auf der Straße liegen blieb, dann ist es uns unerklärlich, daß sich unter der großen Menschenmenge keiner fand, der dem Verunglückten eine warme Decke brachte und ihn in eine Hausflur oder Geschäft transportieren ließ.

Wahre Menschenliebe zeigt sich nicht im unnützigen Zuschauen und Kritisieren, sondern im Handeln.

Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Gedenkfeier

Mittwoch, 27. Januar, in der „Reichskrone"

Eintrittskarte 30 Pfennig. Erwerbslose an der Abendkasse gegen Vorzeigung der Erwerbslosenkarte 10 Pfennig.

Genossen, verlangt bei den Beitragskassierern und bekannten Genossen im Betrieb Eintrittskarten. Weitere Verkaufsstelle für Karten Buchhandlung Oswald Groß, Dresden, Röhrhofgasse 24.

Jugendwehe Coßebaude

Zu unserem Aufruf, betr. der Jugendwehe ist uns ein Fehler in der Zeitangabe unterlaufen. Die Vorbereitungsstunde der Ortsgruppe Briesnitz-Coßebaude finden jeden Mittwoch, nachmittag 4 bis 5 Uhr beim Genossen Heine, Dresden-Kemnitz, Querstraße 1, statt. Wir weisen nochmals darauf hin, daß es Pflicht jedes proletarisch Denkenden ist, seine Kinder nur an der Jugendwehe der Freidenker teilnehmen zu lassen. „Zweifler" und „Kritische" erhalten dort einwandfreie Aufklärung. Die Vorbereitungsstunden hält der Genosse Oberlehrer Helmke.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker; i. A.: Georg Heine.

Sonntagsrückfahrkarten für Schnell- und Eilzüge

Vom 23. Januar an werden im Bezirke der Reichsbahndirektion Dresden unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufes folgende Schnellzüge zur Benutzung mit Sonntagsrückfahrkarten 2. und 3. Klasse gegen Bezahlung des tarifmäßigen Schnellzugzuschlages für die Dauer des gegenwärtig geltenden Winterfahrplans freigegeben:

D. 1 ab Leipzig Hbf. 12,00 nachts, an Dresden Hbf. 2,02 norm.; D. 201 ab Leipzig Hbf. 6,50 norm., an Dresden Hbf. 9,00 norm.; D. 141 ab Leipzig Hbf. 3,30 nachm., an Dresden Hbf. 10,57 nachm.; D. 2 ab Dresden Hbf. 4,13 norm., an Leipzig Hbf. 6,29 norm.; D. 144 ab Dresden Hbf. 7,18 norm., an Leipzig Hbf. 9,34 norm.; D. 202 ab Dresden Hbf. 5,00 nachm., an Leipzig Hbf. 10,14 nachm.; D. 115 ab Hof Hbf. 1,41 norm., an Dresden Hbf. 6,58 norm.; D. 116 ab Dresden Hbf. 10,40 nachm., an Hof Hbf. 3,45 norm.; D. 64 ab Elsterwerda 3,29 nachm., an Dresden Hbf. 4,34 nachm.; D. 61 ab Dresden Hbf. 4,44 nachm., an Bodenbach 5,15 nachm.; D. 71 ab Chemnitz Hbf. 7,07 norm., an Röderau 8,19 norm.; D. 73 ab Chemnitz Hbf. 1,29 nachm., an Röderau 2,48 nachm.; D. 73 ab Chemnitz Hbf. 6,45 nachm., an Röderau 8,4 nachm.; D. 79 ab Elsterwerda 10,15 norm., an Chemnitz Hbf. 12,30 nachm.; D. 76 ab Elsterwerda 3,34 nachm., an Chemnitz Hbf. 5,32 nachm.; D. 74 ab Röderau 9,34 nachm., an Chemnitz Hbf. 11,8 nachm.

Außerdem werden folgende Eilzüge freigegeben:

E. 173 ab Gera Hbf. 3,34 nachm., an Glauchau 4,50 nachm.; E. 178 ab Großenhain Cottb. Bf. 9,50 nachm., an Dresden Hbf. 10,46 nachm.; E. 179 ab Dresden Hbf. 6,30 norm., an Großenhain Cottb. Bf. 7,24 norm.; E. 251 ab Chemnitz Hbf. 8,10 norm., an Leipzig Hbf. 9,40 norm.; E. 253 ab Chemnitz Hbf. 7,40 nachm., an Leipzig Hbf. 9,18 nachm.; E. 252 ab Leipzig Hbf. 10,14 norm., an Chemnitz Hbf. 11,52 norm.; E. 254 ab Leipzig Hbf. 7,23 nachm., an Chemnitz Hbf. 9,22 nachm.

Mit der Freigabe dieser Eilzüge sind nunmehr mit Ausnahme der Eilzüge 106/107 (Dresden—Plauen i. V.) im Bezirke der Reichsbahndirektion Dresden sämtliche Eilzüge zur Benutzung mit Sonntagsrückfahrkarten 2. und 3. Klasse freigegeben. Einschränkungen, die sich etwa für die Osterzeit oder aus sonstigen Gründen erforderlich machen, werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Mit größeren Mengen Likör (Branntwein) gefüllte Schokoladen- und Zuckerwaren (besonders in Flaschenform) werden seit einiger Zeit in Süßwarenhandlungen, Bäckereien, Konditoreien usw. zur Schau gestellt und verkauft. Der Verkauf derartiger Waren ist als Branntweinkleinhandel zu erachten. Es handelt sich dabei nicht um die mit ganz geringer Menge Likör gefüllten Bahnen-Pralinen. Der Branntweinkleinhandel (auch in verschlossenen Flaschen) unterliegt der gewerbepolizeilichen Erlaubnis. Wer ohne diese Genehmigung solche Waren zum Verkauf bringt, macht sich nach dem Notgesetze vom 24. Februar 1923 strafbar.

Reichsbahn und Radfahrer. Den Eisenbahnbediensteten ist erneut Entgegenkommen gegenüber Reisenden mit Fahrrädern zur Pflicht gemacht worden. Wie wir vom städt. Verkehrsamt hierzu erfahren, sind die Fahrladeschaffner angewiesen, die Fahrräder der Reisenden unverzüglich anzunehmen und nicht bis nach Abwicklung des allgemeinen Ladegeschäftes zurückzustellen. Das gleiche gilt für Reisende, die sich zur Entgegennahme ihres Fahrrades am Packwagen des Zuges einfinden.

Vorübergehende Aenderungen im Nachtwagenverkehr der Straßenbahn. Wegen Auswechslung von Fahrdrähten treten in den Nächten vom 26. zum 27. und vom 27. zum 28. Januar im Nachtwagenverkehr nach 1 Uhr früh folgende Aenderungen ein: Die Wagen der Linien 2, 17, 19 und 22 verkehren in beiden Richtungen durch die Marschall-, Gerok-, Blasewitzer und Augsburger Straße, die Wagen der Linie 8 und 10 vom Stübelplatz über Kaulbachstraße, Elisaplatz, Blasewitzer Straße.

Tollwut.

Amtlich festgestellt wurde bei einem deutschen Schäferhund, der am 17. d. M. ein dreijähriges Kind und einige Hunde gebissen hat, Tollwut. Gemäß den Vorschriften in § 40 des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1900 in Verbindung mit § 114 der hierzu erlassenen Ausführungsvorschriften des Bundesrats vom 7. Dezember 1911 wird deshalb für den Stadtbezirk Dresden die Hundesperre bis auf weiteres mit der Maßgabe verfügt, daß von dem Erscheinen dieser Bekanntmachung an sämtliche Hunde an solchen Orten festzulegen oder sicher einzusperren sind, die fremden Hunden nicht zugängig sind. Der Festlegung gleichzustellen ist das Führen der mit einem vorschriftsmäßigen Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine. Die Benutzung der Hunde zum Ziehen ist unter der Bedingung gestattet, daß sie fest angeschirrt, mit einem vorschriftsmäßigen Maulkorbe versehen und außer der Zeit des Gebrauchs festgelegt werden. Das Mitbringen von Hunden in Schankräume und Wirtschaftsgärten ist unbedingt verboten.

Volksgesundheit Groß-Dresden. Erwerbslose Frauen und Mädchen und Frauen der erwerbslosen Männer, besucht die Aufklärungsvorträge (mit guten Lichtbildern), die am 28. Januar und 4. Februar im Vortragssaale des Hygienemuseums, Zirkusstraße 40, stattfinden. Thema: „Die Not der Zeit und ihre Auswirkung auf die Geschlechtskrankheiten". Beginn 7,30 Uhr. Eintritt frei.

Arbeiterverein für Biochemie. 29. Januar, 7,30 Uhr im Volkshaus: Vortrag des Gen. H. Wolf: „Das Knochen-, Muskel- und Verdauungssystem und ihre Erkrankungen". Mitglieder erscheint zahlreich.

Dresden-West. 30. Januar, 7,30 Uhr im Vereinsheim: Mitgliederversammlung mit Ausstellung der vom Verbande geführten Waren und Heilmittel. Warenabgabe beim Gen. Brunisch, Klopstockstraße 9, p.; Krankenpflegegeräte beim Gen. Alfred Schröder, Klopstockstraße 32, I. — Karten zum Kreismeister-Fußballspiel am 31. Januar sind im Vereinsheim zu haben.

VOM TAGE

Selbstmord oder Verbrechen? Freital. Am 7. Januar vormittags in der 10. Stunde wurde auf dem Bahnkörper in Freital-Deuben in der Nähe der Lehnerschen Metallwarenfabrik die Leiche des 15 Jahre alten Drogistenlehrlings Hans Fritz Werner aus Zwickau vollständig zerstückelt aufgefunden. Der junge Mann hat am 6. Januar morgens die elterliche Wohnung verlassen, in seiner Begleitung befand sich ein im Anfange der zwanziger Jahre stehender und dunkel gekleideter Mann, der eine Sportmütze getragen haben soll, und mit dem er am gleichen Tage ab Zwickau-Pölbitz in einem Abteil 4. Klasse nach Glauchau gefahren ist. Zu diesem Zuge waren aber auch noch zwei Fahrkarten nach Dresden gelöst worden. Von der Abfahrt bis zur Auffindung der Leiche fehlt über den Aufenthalt des Lehrlings Werner der Nachweis seines Verbleibens. Er war mit einer Militärjoppe, dunkler Sporthose, grünlichen Stutzen und blauer Mütze bekleidet. Für die Kriminalabteilung Freital ist es von Wichtigkeit, zu erfahren, ob sich Eisenbahnreisende an Werner und dessen Begleiter erinnern können, ob ihnen etwas aufgefallen ist, was auf die Todesursache schließen könnte. Zugleich wird der bisher unbekannte Begleiter aufgefordert, sich bei der Kriminalabteilung Freital zu melden oder seine Adresse dorthin gelangen zu lassen.

Kohlenoxydgasvergiftung. Bautzen. Auf tragische Weise ist hier am Freitag ein 27 Jahre alter Klempner aus dem Leben geschieden. Er war damit beschäftigt, eine eingefrorene Abortwasserleitung aufzutauen, zu welchem Zwecke in dem Abortraum ein kleiner Holzkohlenofen aufgestellt worden war. Die ausströmenden Gase betäubten aber den Mann, so daß er bewußtlos umsank. Da niemand den Vorfall bemerkte, starb der Bedauernswerte an Kohlenoxydgasvergiftung.

Große Feuersbrünste. Breslau. Im Dorfe Hennersdorf in der Nähe von Reichenbach wütete auf dem Gute des Gemeindevorstehers Grundmann eine gewaltige Feuersbrunst, die vermutlich durch Brandstiftung in einer Scheune zum Ausbruch gekommen war. Das Feuer breitete sich mit rasender Schnelligkeit über den ganzen über 60 Meter langen Bau aus. Die Löscharbeiten waren außerordentlich schwierig. Es wurden 1000 Zentner Getreide, Heu und Stroh vernichtet.

Fahrlässigkeit Ursache der Katastrophe in Moabit? Berlin. Im Krankenhaus Moabit hat sich gestern ein neunzehnjähriger Lehrling, der seit dem Hauseinsturz in der Kirchstraße spurlos verschwunden war, gemeldet und angegeben, die Explosionskatastrophe verschuldet zu haben, da er versäumt habe, den Gashahn zu schließen. Der Lehrling machte einen derart verstörten Eindruck, daß man ihn vorläufig in eine Geisteskrankenstation brachte. Man nimmt diese Selbstbezichtigung an maßgebender Stelle sehr mißtrauisch auf.

1400 Schafe verbrannt. Greifenberg. Am Sonntag entstand auf dem Rittergute Rensin ein großes Schadenfeuer, dem drei Wirtschaftsgebäude und 1400 Schafe zum Opfer fielen.

Günzburg. In der Nacht zum Sonntag wurde das Anwesen des Landwirts Kugelmann in Unterroth ein Raub der Flammen. Ein 12jähriges Mädchen kam dabei ums Leben. Ein der Brandstiftung Verdächtiger wurde verhaftet.

Voraussichtliches Wetter am 27. Januar (Mittwoch): Meist stark bewölktes, mildes und windiges Wetter mit etwas Regen.

28. Januar (Donnerstag): Wolkiges, nur zeitweise aufheiterndes, windiges Wetter mit etwas Niederschlägen. Zunächst Temperatur wenig verändert, nachher etwas kälter.

Rundfunk

Mittwoch den 27. Januar 1926

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10,10—10,15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächs. Verkehrsverbandes. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und Vorhersage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12,55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4—5 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 5—6 Uhr: Uebertragung von Hamburg aus: Funkheinzelmanns Kindertheater. 6,45—7 Uhr: Funkbastelstunde. 7—7,30 Uhr: Vortrag: Theo Mayer: „Die Feuerbestattung." 7,30—8 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 11. Vortrag innerhalb der Vortragsreihe: „Geschichte des deutschen Dramas und des Theaters." 8,15 Uhr: „Preciosa". Anschließend (etwa 10 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst.

Sonntag 31. Januar öffentliche Versammlung gegen Fürstenabfindung und Erwerbslosenelend

im Volkswohlsaal Trabantengasse, früh 10 Uhr. Es sprechen Redner verschiedener proletarischer Organisationen

Der Bezirksparteitag Ostsachsen

Am 23. und 24. Januar fand der Parteitag des Bezirks Ostsachsen im Landtagsgebäude statt.

Das Präsidium war mit roten Fahnen und dem goldgestickten Banner, das russische Arbeiter der ostsächsischen Parteiorganisation sandten, geschmückt. Annähernd 250 Delegierte füllten den Sitzungssaal, und ein Teil der Tribüne mußte für Delegierte freigegeben werden, da der Raum überfüllt war.

Genosse M. Schneider eröffnete den Bezirkstag, begrüßte die zahlreich anwesenden Vertreter anderer Bezirke und die Vertreter der ostsächsischen Mitgliedschaft.

Darauf folgte die Wahl des Präsidiums und der Kommissionen.

Nunmehr erhielt als Vertreter des Zentralkomitees das Wort zum politischen Referat Genosse Eberlein.

Die Ereignisse der internationalen Politik haben ihre größte Bedeutung in dem Abschluß des Locarnopaktes. Die internationale Bourgeoisie versucht, in ein gewisses Verhältnis zu Sowjet-Rußland zu kommen, ein Verhältnis, das jedoch nicht aus Liebe zu Rußland geboren ist. Mit dem Abschluß des Locarnopaktes findet die zeitweise östliche Orientierung Deutschlands, wie sie durch den Rapallovertrag versucht wurde, ihr Ende. Der Sicherheitspakt und seine Unterzeichnung durch Deutschland ist das Bündnis mit den westeuropäischen kapitalistischen Staaten gegen den gemeinsamen Feind, den Störenfried der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, gegen Sowjetrußland. Obwohl die Regierung erklärt, daß sie das Verhältnis zu Rußland nicht verschlechtern will, steht aber fest, daß niemand zwei Herren dienen kann. Wer ist der gemeinsame Störenfried? Der Störenfried ist nicht Sowjetrußland, sondern diejenigen Staaten, die mit Blut und Krieg die Welt überziehen, um die Ausbeutung der Kolonialvölker weiterhin betreiben zu können. Die Bestrebungen der kapitalistischen Staaten, insbesondere Englands, laufen darauf hinaus, den Freund aller unterdrückten Völker, nämlich Sowjetrußland, niederzuschlagen. Deutschland reiht sich in diese imperialistische Front ein und hofft dabei auf bessere Bedingungen und Erleichterungen zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft zu erhalten. Deutschland soll teilnehmen an dem internationalen Raubzug. Schon jetzt bietet man ihm Kolonien an. Die Hoffnungen auf Besserung der Lage, die insbesondere die Sozialdemokraten dem Volk gemacht, haben sich nicht erfüllt. Anstatt Verbesserungen beobachten wir dauernde Verschlechterung der Lage. Das ist nicht nur allein in Deutschland der Fall. In England haben wir eine furchtbare Dauerkrise, die ihre Zuspitzung im Kampf der Bergarbeiter erfährt. Auch in Amerika herrscht Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise. In Frankreich haben wir Inflation mit allen den Auswirkungen, wie sie uns bekannt sind. Der Franken ist ständig im Fallen begriffen. Dem französischen Arbeiter geht es heute schlechter denn je. Die französische Konkurrenz wirkt infolge der Inflation verschlechternd auf die Wirtschaftslage in Deutschland. Auch in Frankreich zeigt sich die Tatsache, daß die Kapitalisten nicht gewillt sind, den Franken zu stabilisieren. Auch dort geht die Stabilisierung auf Kosten der Arbeiter. Dazu kommen noch die Folgen des furchtbaren Mordens in Marokko. Alles, was wir in der Welt sehen, sieht anders aus als Stabilisierung, besonders aber in Deutschland. Gegenwärtig haben wir mehr als 2 Millionen Arbeitslose. Es ist vollständig falsch, anzunehmen, daß die Krise etwa eine vorübergehende Erscheinung wäre. Die Ursachen der Krise liegen auf verschiedenen Gebieten. Deutschland spielt auf dem Weltmarkt keine Rolle mehr. Es ist dort abgedrosselt und politisch ohnmächtig. Die technische Entwicklung in den anderen Ländern hat die deutschen Produktionsmethoden bei weitem überflügelt. Der ausländische Kapitalismus produziert viel vorteilhafter. Industrie und Transport haben sich umgestellt auf Oelfeuerung. Kohle wird immer weniger verbraucht. Die Mehrförderung bleibt auf den Halden liegen. Die Krise zu beseitigen oder abzumildern ist nur möglich durch eine Umsatzsteigerung auf dem Inlandsmarkt. Das ist jedoch infolge der gesunkenen Kaufkraft und bei der Riesenarbeitslosigkeit und der fortwährenden Betriebsstillegungen nicht möglich. Die Kapitalisten versuchen vergebens, die Krise durch weiteren Lohndruck, Verlängerung der Arbeitszeit und raffinierte Ausbeutung zu lösen. Zunächst versucht man, eine Rationalisierung der Wirtschaft durch die Stillegung „unrentabler" Betriebe. Die Produktion soll unter allen Umständen vereinfacht und gesteigert werden. Im Ruhrgebiet wird heute dieselbe Arbeitsleistung mit einem Drittel der Belegschaft von 1914 erreicht. Dasselbe trifft auf die oberschlesische Textilindustrie zu. Dort wurden früher von einer Arbeiterin 4 Spindeln bei 8stündiger Arbeitszeit bedient, heute muß dieselbe Arbeiterin 9 Spindeln bedienen bei einer Arbeitszeit, die um eine Stunde verlängert ist. Neben diesen Bestrebungen auf erhöhte Ausbeutung geht gleichzeitig eine verschärfte Konzentration des Kapitals. Allein in der letzten Woche waren 3000 Konkurse zu verzeichnen. Flüssiges Kapital ist nicht vorhanden. Die wenigen Kredite erhalten die Großindustriellen zu geringen Zinssätzen, die nicht mehr als 12 Prozent betragen. Kleinbetriebe müssen jedoch 24 Prozent bezahlen.

In Deutschland sind in dem letzten Etat mehr als 400 Millionen Mark mehr an Steuern aus den Arbeitern herausgepreßt worden, die der Schwerindustrie als Kredite zufließen. Darüber hinaus beobachten wir die Bestrebung, die Steuern der Besitzenden noch weiter herabzusetzen. Die sozialen Bewegungen des Proletariats sollen mit dem Paragraph 48 niedergehalten werden. Die Sozialdemokratie leugnet die Gefahr der Diktatur. Wir werden und dürfen uns nicht täuschen lassen und werden unsere Aufklärung unter den Arbeitern verdoppeln müssen. Es ist kein Widerspruch, wenn heute die bürgerlichen Parteien versuchen, trotz ihrer Diktaturpläne die große Koalition herbeizuführen. Die Diktatur der Schwerindustrie ist dann am leichtesten durchzuführen, wenn hinter ihr und dem Ausnahmezustand als Rückendeckung die SPD. zu finden ist. Die SPD. ist trotz alles Sträubens zur Großen Koalition bereit. Daß sie dieselbe noch nicht eingegangen ist, verdanken wir den SPD.-Arbeitern. Was haben wir in dieser wichtigen Situation zu tun? Eine der wichtigsten Fragen ist die Erwerbslosenbewegung. Es ist von gewaltiger Bedeutung, daß die KPD. sich das Vertrauen der Erwerbslosen erobert. Wir müssen dafür kämpfen, daß vom Reich Mittel für die Erwerbslosen bereitgestellt werden. Insbesondere müssen wir dafür sorgen, daß sich die Gewerkschaften um Not und Elend der Erwerbslosen kümmern. Die wichtigste Erkenntnis ist jedoch die, daß die Arbeitenden die besten Verbündeten der Erwerbslosen sind. Die Erwerbslosen von den im Betrieb Stehenden zu trennen und auseinanderzubringen, das ist die Absicht der Unternehmer. Den Erwerbslosen hilft man nicht mit der Beseitigung der Doppelverdiener. Damit holt man nur einen Arbeiter gegen den anderen. Hier gilt es für uns, auf dem Posten zu sein. Ueberall, wo Betriebe stillgelegt werden, müssen die Kommunisten fordern: Verstaatlichung der Betriebe und ihre Kontrolle durch Betriebsräte und Gewerkschaften.

Zur selben Zeit, in der die deutsche Arbeiterschaft im größten Elend steckt, kommt das Fürstengesindel mit seinen frechen Ansprüchen. Es ist wirklich so, daß wir uns schämen müssen, 1918 unsere Fürsten nicht so abgefunden zu haben, wie man das in den Revolutionen Englands, Frankreichs und Rußlands getan hat. Die KPD. forderte von der Sozialdemokratie in einem Brief das gemeinsame Vorgehen. Der „Vorwärts" versuchte mit dem Schwindel von den ungeheuren Kosten auszuweichen. Die Sozialdemokratie antwortete nicht und erklärte, es sei unzulässig, den Fürsten alles zu nehmen. Mit der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten kommen wir in Deutschland zum ersten Male zur Durchbrechung der Heiligkeit des Privateigentums. Bisher gab es wohl noch eine gesetzliche Möglichkeit der Enteignung. Doch mußte in diesem Falle eine Entschädigung gezahlt werden. Dem Druck der SPD.-Arbeiter konnten die sozialdemokratischen Führer nicht mehr ausweichen. Die vom Vorstand einberufene Sitzung des Parteiausschusses der SPD. beschloß mit Stimmenmehrheit gegen den Vorstand die entschädigungslose Enteignung, und war die Veranlassung, die den SPD.-Vorstand zwang, den Forderungen der Kommunisten nachzugeben. Man wußte auch einen Rückzug, machte kleinliche Abänderungsvorschläge. Das kann die Niederlage der sozialdemokratischen Führer vor ihren eigenen Leuten nicht verschleiern. So sehr die SPD.-Arbeiter mit uns gehen, so sehr werden die Führer versuchen, zu sabotieren. Der ADGB. vermittelte die Einigung, die nunmehr zustandegekommen ist. Das gemeinsame Vorgehen in der Frage des Volksentscheides ist der erste Schritt zur praktischen Einheitsfront. Aber schon der erste Schritt zeigt uns die Gefahren auf. Wir müssen als Partei dafür sorgen, daß die eigene Linie auch in der gemeinsamen Front mit den sozialdemokratischen Arbeitern gewahrt wird. (Lebhafter Beifall.)

Ueber die Lage und Aufgaben in Sachsen referierte anschließend Gen. Renner. Eingehend schilderte er die Situation, die für die sächsische Arbeiterschaft durch die offen verräterische Haltung der 23 Sozialdemokraten, die bedingungslos die Politik der sächsischen Industriellen durchführen helfen, geschaffen worden ist, zeigte die Möglichkeit der Schaffung eines Linksblocks, die Notwendigkeit der Mobilisierung breiter Massen, vor allem der sozialdemokratischen Arbeitskollegen in den Betrieben zum einheitlichen Kampf für die Auflösung des Landtages, die bei der schwankenden Haltung der Linken erst erzwungen werden muß. Die Massenbewegung für die Enteignung der Fürsten muß mit einer Kampagne für die Niederringung der sächsischen Reaktion verbunden sein.

In der darauffolgenden Diskussion unterstrichen die Delegierten die Ausführungen des Referenten; die Vertreter des Jugendverbandes wiesen auf die Lage der Jungarbeiterschaft besonders hin und betonten, daß Sachsen in der Vorbereitung des Arbeitsdienstpflichtterrors ebenfalls an der Spitze der reaktionären Länder marschiere.

Alle Redner billigten die von dem Referenten aufgezeigte Richtung der Arbeiter der Partei.

Im Schlußwort faßte Gen. Eberlein nochmals kurz die wichtigsten Aufgabenpunkte zusammen, wies auf die Gefahren hin, betonte aber gleichzeitig, daß eine Partei mit starkem innerem Leben jeder Gefahr der Entgleisung gewachsen gegenüberstehe und daß die deutsche Sektion der Komintern jetzt zeigen könne, was sie aus ihren Niederlagen und Fehlern gelernt habe.

Die politischen Resolutionen, die wir veröffentlichen, wurden einstimmig angenommen.

Damit hatte sich die Tagesordnung für Sonnabend erledigt. Sonntag vormittag wurde die Tagung mit dem Referat des Gen. Gäbel über die **Reorganisation der Partei** eröffnet. Diesem ausführlichen Referat schloß sich die Diskussion an, die Mängel, Schwierigkeiten und Auswege in den Organisationsfragen, vor allem der Zellenbildung, ausführlich behandelte.

Nunmehr erhielt das Wort zum Bericht der Bezirksleitung Gen. Martin Schneider, der einen Ueberblick über die Arbeit des Bezirks während des vergangenen Halbjahres gab. Vor Eintritt in die Diskussion begrüßt im Auftrag des Jungspartakusbundes eine Jungpionierin den Parteitag unter lebhaftem Beifall. Nunmehr folgt der Bericht der Mandatsprüfungskommission. Anwesend sind 242 Delegierte, davon 65 aus Betriebszellen, 8 aus Straßenzellen, 88 aus Ortsgruppen, von der Jugend 3 und 3 vom JSB. 3 Delegierte, 1 Vertreter des Zentralkomitees, 1 Vertreter der Reichstagsfraktion, Vertreter von Leipzig, Chemnitz, Wittenberg, Breslau und 26 Bezirksleitungsmitglieder. Die Kommission zur Prüfung der vorgenommenen Ausschlüsse teilt mit, daß die Wiederaufnahme von Wolf-Cohmannsdorf beschlossen, diejenige Schurigs einstimmig abgelehnt wurde.

Gen. Gruner gibt Bericht über den Kassenstand, den die Ortsgruppen detailliert zugestellt erhalten.

Dem Kassierer wird Entlastung erteilt.

Gen. Werner spricht nunmehr eingehend über die Arbeit in den Gewerkschaften und kündigt die Durchführung der monatlich stattfindenden Gewerkschaftstage an.

Gen. Hoop berichtet für „Land", betont die Wichtigkeit der Bauernfrage mit Hinweis auf die furchtbare Notlage der Bauern. Der Anfang für eine solche Sammlung der Bauern ist schon gegeben, in der Lausitz hat eine von 500 Bauern besuchte Versammlung stattgefunden, die die Vorschläge der Kommunisten aufgegriffen hat. Er betont die Notwendigkeit der Herstellung der Verbindung der Großbetriebszellen mit dem Landproletariat.

Gen. Schlegel spricht zum Stand der Zeitung, Gen. Wietzka über die Bedeutung der Frauenagitation, die die Frauen zu Mitkämpfern machen muß.

In der Diskussion sprechen die Genossen Spreckels, Heydel, Lewinsohn, Heinze, Koch, Renner, Plunert, Jugendgenosse Ehrenherr, Willi Schneider, Siegfried Rädel, Weigelt.

Darauf erhält Gen. M. Schneider das Schlußwort.

Nunmehr werden die vorliegenden Anträge behandelt und erledigt. Die 3 Sekretäre werden wiedergewählt und die vorgeschlagenen Genossen aus den Dresdner Betrieben bestätigt. Nach Erledigung einiger grundsätzlicher Anträge schließt die arbeitsreiche Tagung der Gen. Schropel mit den Worten:

Der Erfolg der uns gestellten großen Aufgaben wird gewährleistet durch festen Zusammenschluß aller Kräfte! Vorwärts zu bolschewistischer Arbeit im Interesse der ostsächsischen Arbeiterschaft!

Brausend ertönen die Klänge der „Internationale". Zwei Tage lang hat das Landtagsgebäude wirklich den Kampf für die Interessen des werktätigen sächsischen Volkes gesehen.

Klotzsche

Soermus-Konzert

Am Sonnabend, den 30. Januar, abends 8 Uhr im Saale der „Alberthöhe", Klotzsche, gibt der berühmte russische Geiger Soermus ein einmaliges Violinkonzert. Wir erwarten von der werktätigen Einwohnerschaft regste Unterstützung dieser Veranstaltung. Der Reinertrag ist für die Internationale Arbeiterhilfe bestimmt.

Groß-Kotta

Weg mit den sozialen Einrichtungen denkt sicher unser Bürgermeister, da wird unser „Treu-Deutschland" auch eher wieder die Forderungen der Fürsten begleichen können. Man hat den Eindruck, als wenn der gute Mann immer den Schweißfriesel bekommt, wenn er irgend jemanden „unverdientes" Geld auszahlen soll. Neulich kam eine Kriegerswitwe zu ihm und wollte sich die Papiere in Ordnung bringen lassen, die sie benötigte, um zu ihrem Entbindungsgelde zu kommen. Sie hatte auch für Verminderung der Arbeitssklaven für Zuwachs gesorgt. Da geriet der Mann wieder aus dem Häuschen. „Immer die Gemeinde muß bezahlen", und dabei gebärdet er sich, als wenn er es sich vom Gehalt abziehen müßte. Wir können ja verstehen, daß es weh tut, wenn Arbeiter Anspruch machen auf die ihnen gesetzlich zugesprochenen Rechte. Da nützt aber eine solche Aufregung nichts, die zunächst die Fordernden beleidigt und dem Herrn Bürgermeister doch gesundheitlich schwer schaden kann. Es wäre viel vernünftiger, wenn er zur nächsten Präsidentenwahl sich um diese Stellung bewerben würde, damit er in großzügigster Weise auch die kümmerlichen Reste der sozialen Einrichtungen abschaffen kann.

Der eiserne Strom

Roman aus der russischen Revolution 1917.

Von A. Serafimowitsch

(18. Fortsetzung.)

11.

Solange die Nacht der allgemeinen Bewegung folgte, gab es nur eine Bewegung und nur eine Nacht. Als sie aber Halt machten, zerfiel alles in Stücke, und jedes Stückchen lebte auf seine Weise.

Um ein kleines Feuerchen mit darüberhängendem Kessel, den man mit einigen anderen Sachen aus dem auf dem Wege verlassenen Wagen retten konnte, saß hockend die zerzauste, im rötlichen Schein des Feuers einer Hexe gleichende Babo Gorpino. Neben ihr, auf einer auf dem Boden ausgebreiteten Pferdedecke, schlief der Alte. Babo wiegte murmelnd ihren Kopf.

„Keine Tasse und keinen Löffel ... und auch das Buttertöpfchen ist zurückgeblieben; wer mag's wohl kriegen! So schön war es, so fest, aus Ahornholz, was sollen wir jetzt ohne die guten Sachen! Barfüßler sind wir geworden, Herumtreiber ... Alter, komm essen!"

Von der Pferdedecke kam es heiser:

„Ich will nicht."

„Wirst krank, wenn du nicht ißt; sollen wir dich dann auf Händen weitertragen?!"

Der Alte liegt schweigend auf der Erde, sein Gesicht ist in Dunkelheit gehüllt.

Unweit von dem Wagen, auf der Chaussee, schimmert weiß eine Mädchengestalt. Eine Stimme spricht singend:

„Mein Herzchen . . . . so gib doch her. Es geht ja nicht . . . ."

Weiber, die grau um den Wagen schimmern, sprechen gleichzeitig mit mehreren Stimmen:

„So gib ihn doch her . . . man muß doch das Engelchen begraben . . . . der Herr wird es zu sich nehmen."

Die Bauern stehen schweigend daneben.

Und die Weiber:

„Die Brüste sind ja zum Platzen voll . . ."

Sie strecken die runzligen Hände vor und betasten die straffgespannten Brüste der jungen Mutter. Ihr zerzauster Kopf mit — wie bei einer Katze — in der Dunkelheit funkelnden Augen neigt sich zu der weißschimmernden Brust, und die gewohnten Finger stecken die Warze mit zärtlicher Bewegung in den kleinen offenen kalten Mund.

„Ist ja wie versteinert . . ."

„Das Kleine riecht schon, man hält's in der Nähe nicht mehr aus."

Stimmen der Bauern:

„Da gibt's nicht viel zu schwätzen, — man muß es halt nehmen und beerdigen!"

„Ist ja ansteckend . . . das geht ja nicht. Man muß es beerdigen . . ."

Und zwei kräftige, starke Bauern ergreifen das Kind, lösen die Mutterarme. Ein durchdringender tierhafter Schrei dringt durch die Dunkelheit, — man hört es an den sich gleich einer Kette hinziehenden Feuern; man hört ihn über dem unsichtbaren Meer; in den öden Bergklüften hört man ihn, wenn es dort Menschen oder Tiere gab. Der Wagen knarrt im erbitterten Kampf.

„Sie beißt ja . . ."

„Diese Hexe — alle ihre Zähne hat sie mir in die Hand gejagt . . . . ."

Die Bauern ziehen sich, einer nach dem anderen zurück. Wieder stehen nur die jammernden Weiber da. Aber auch sie gehen auseinander, und andere kommen, betasten die straffgespannten Brüste.

„Sie wird ja sterben, die Milch ist ja dick geworden . . ."

Auf ihrem Wagen aber sitzt noch immer die junge Mutter, sie wendet ihren Kopf fortwährend nach allen Seiten, funkelt lauernd mit dem tierhaften Blick, jede Sekunde zu einer wilden Verteidigung bereit. Ab und zu drückt sie ihre Brust in den regungslosen steifen Mund der Kindesleiche.

Die Flammen zittern, verschwinden in der Ferne.

„Herzchen, so gib ihn doch her, er ist ja tot. Wir werden ihn beerdigen, und du weinst dich aus. Warum weinst denn nicht?!"

Und das Mädchen drückte diesen zerzausten jungen Hexenkopf mit den in der Dunkelheit brennenden Augen zärtlich an ihre Brust. Sie behutsam abwehrend, spricht die Mutter mit heiserer Stimme:

„Still, Anka, still . . . er schläft, weck' ihn nicht auf. Er schläft die ganze Nacht, und wenn die Sonne aufgeht, wird er aufwachen und auf Stepan warten. Sobald der Vater da ist, wird er wieder Blasen machen und mit den Füßchen strampeln . . . Ich weiß schon . . . ein so liebes Kind, so verständig und klug . . .!"

Und leise erklingt ein gedämpftes, liebendes Lächeln der Mutter.

„Pst . . ."

„Anka! . . . , Anka . . .!" ertönt vom Feuer eine Stimme, „so komm' doch essen . . . der Alte will nicht und du kommst auch nicht . . . Eine rechte Ziege bist du. — Die Grütze ist ja schon angebraunt."

Noch immer kommen Weiber, betasten die Brüste, jammern und gehen wieder. Oder sie bleiben stehen, das Kinn auf die Hand gestützt, und schauen schweigsam zu. Die Bauern rauchen ihre Pfeifen, — sekundenlang leuchten ihre bärtigen Gesichter rötlich auf.

„Man muß Stepan holen lassen, — das Kind wird ja bei ihr auf den Armen verfaulen . . . Es werden ja immer kommen . . ."

„Wir haben ja schon nach ihm geschickt . . . ."

„Der lahme Mikitka ist nach ihm gelaufen."

12.

Diese Lagerfeuer sind ganz eigenartig. Und auch die Gespräche klingen seltsam, und das Lachen und das Aufkreischen der Frauen, und das schwere Fluchen und das Anklingen der Flaschen. Bald schlagen einige Mandolinen, Gitarren und Balalaikas auf — ein ganzes Orchester erklingt straff, hell — und es hat nichts mit der Dunkelheit, nichts mit der Flammenkette in der Dunkelheit gemein. Regungslos sind die schwarzen Berge; und auch das Meer verhält sich regungslos, um die Menschen mit seiner Größe nicht zu bedrücken.

Und es sind besondere Menschen, — groß, breitschultrig, mit sicheren Bewegungen. Wenn die starken, bronzenen Gestalten in breiten Hosen und weißen Matrosenjacken mit dem offenen Hals in den rotschwankenden Kreis der Flammen treten, sieht man die schwarzen Bänder über die Nacken flattern. Und kein Wort, keine Bewegung ohne lange, schwere Flüche.

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Gewerkschaften

10 Millionen

„Man muß die Kräfte in 10 Millionen einschätzen; weniger Menschen zählen in der Politik nicht, weniger zählt die Politik von sich, als eine Größe, die gar keine Bedeutung hat. Wenn wir von dieser Seite auf die internationale Revolution schauen, kann es klarer als die Sonne: Das zurückgebliebene Land kann den Aufstand machen, aber um die Revolution fortzusetzen, braucht es hundertmal mehr Umsicht, Vorsicht und Ausdauer. In Westeuropa wird es anders sein. Dort ist es unverhältnismäßig schwerer, anzufangen, aber es wird unverhältnismäßig leichter sein, fortzusetzen. Das kann auch nicht anders sein, weil die Organisiertheit und der Zusammenschluß des Proletariats unverhältnismäßig größer ist."

Lenin.

Gegen die „Fließarbeit" auf Kosten der Arbeiter

Die reformistischen Gewerkschaftsführer und der größte Teil der sozialdemokratischen Presse unterstützen alle Rationalisierungsbestrebungen der deutschen Kapitalisten. Besonders sind es die Mitglieder der ADGB.-Delegation, die in Amerika das Taylorsystem und die raffinierten Ausbeutungsmethoden der amerikanischen Industriellen studiert haben, um in Deutschland die Arbeiter für die Rationalisierung der Industrie zu begeistern. Wenn die Reformisten Eggert, Tarnow u. a. den Arbeitern einreden, daß die Rationalisierung, die im Kapitalismus nur nach kapitalistischen Methoden durchgeführt wird und für den Arbeiter schlimmste Verelendung und vorzeitige Aufrieben seiner Gesundheit, sowie Massenarbeitslosigkeit bedeutet, zur Hebung der Kaufkraft und Erhöhung der Löhne beiträgt und im Interesse des Proletariats notwendig ist, so ist das eine Irreführung der Massen. Diese Feststellung wird sogar bestätigt in einem Artikel in der sozialdemokratischen Frankfurter „Volksstimme" über „Fließarbeit" von Fritz Bieligk. Als Motto zitiert Bieligk folgende Sätze von Rosa Luxemburg:

„Mit jeder neuen Erfindung der Technik, mit jeder Verbesserung der Maschinen, mit jeder neuen Anwendung von Dampf und Elektrizität in der Produktion und im Verkehr wird der Anteil des Arbeiters am Produkt seiner und der seines Kapitalisten größer. Der relative Lohn fällt immer tiefer, unaufhaltsam und ununterbrochen, der Mehrwert, d. h. der unbezahlte, aus dem Arbeiter ausgepreßte Reichtum der Kapitalisten wächst denn unaufhaltsam und ständig immer weiter und höher."

Nach einer Schilderung der Ursachen der jetzigen Krise kommt Bieligk auf den Umstellungsprozeß der Industrie zu sprechen. Er sagt, daß die Technisierung der Produktion erhöhte Ausbeutung der Arbeiter bedeutet und dem Kapitalisten höhere Profite bringt, sowie das Arbeitslosenheer vergrößert. Dann schreibt Bieligk wörtlich:

„Die Arbeitsweise, die in Deutschland bisher nur unter der Bezeichnung „Fordismus" bekannt war, wird jetzt auch hier eingeführt werden. So unumgänglich notwendig eine wesentliche Steigerung der Produktivität durch technischen Ausbau und höhere Organisierung der Produktion ist, so haben die Arbeiter und vor allem die Arbeiterorganisationen doch die Verpflichtung, zu verhindern, daß diese Steigerung auf Kosten des Arbeiters und seiner Gesundheit geht. Wir mögen den „Fordismus", die Arbeit am „laufenden Band" bewundern, Tatsache ist, daß durch sie der Arbeiter zu einem Sklaven der Maschine degradiert wird. Und wenn diese Arbeitsweise in Deutschland jetzt unter der Bezeichnung „Fließarbeit" eingeführt wird, gilt es, jeder Herabwürdigung des Arbeiters, der ins Gigantische gesteigerten Ausbeutung mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Der amerikanische Arbeiter erhält für die Arbeit am „laufenden Band" einen viel, viel höheren Lohn, als der deutsche Arbeiter ihn bisher erhält. Der amerikanische Arbeiter hat nicht zehn Jahre physischer Zerrüttung und Zermürbung hinter sich wie der deutsche Arbeiter. Dabei steht jedoch fest, daß auch der amerikanische Arbeiter durch diese Arbeitsweise viel früher verbraucht ist als vorher. **Welche furchtbaren, gesundheitlichen Schädigungen muß da die Fließarbeit auf Arbeiter haben, die ein Jahrzehnt schlimmster Unterernährung hinter sich haben, die noch wegen der schlechten Löhne an Unterernährung leiden und dann noch neun und zehn Stunden und vielleicht gar noch länger arbeiten sollen?** Wird in Deutschland der Arbeiter an das Band gestellt, wird die Arbeit so zerlegt, daß er nur noch mechanisch den ganzen Tag — **den ganzen Tag!** — ein und denselben Handgriff zu machen hat, dessen Tempo aber nicht er, sondern die Maschine bestimmt, dann wird der Fluch der Arbeit tausendmal erhärtet! Nicht nur einen Tag, nicht eine Woche, Jahre-, jahrzehntelang ist dann dieser Arbeiter verdammt, immer nur den einen bestimmten Handgriff auszuführen. Die Maschine zwingt ihn, schnell und immer schneller zu verrichten. **Wehe, wenn er einmal zurückbleibt!** Ist denn der Arbeiter dann noch ein Mensch? Nein, nein! Er ist nur noch Sklave der Maschine und wird zum stupiden, hirnlosen Wesen herabgedrückt. **Wer will von ihm dann noch Hingabe an eine große Idee, der Begeisterung für den Kampf seiner Klasse verlangen?**

So denkt nicht nur dem einzelnen Arbeiter, nein, der ganzen Klasse, ihrer Bewegung und ihrem Kampf eine schwere Gefahr. Sie zu erkennen, ist sofort mit allen Mitteln entgegenzuwirken, **das scheint uns die Aufgabe der Arbeiterorganisationen zu sein, wenn sie verhindern wollen, daß sie selber Opfer der Fließarbeit werden.** Alle Arbeiter zu sammeln, sie in die Gewerkschaften hineinzuführen, damit diese stark genug sind, durchzusetzen, daß die Anwendung der technischen Fortschritte nicht nur zu einer Quelle wird, die den Profitsäcken fließen läßt, und daß er die Arbeiter als Menschen tötet. Sie werden bei der Einführung der Fließarbeit den Kampf aufnehmen müssen für eine beträchtliche Erhöhung der Löhne, für eine wesentliche Herabsetzung der **Arbeitszeit**, gegen eine **Ueberspannung des Arbeitstempos** — für einen besseren Schutz der früh verbrauchten Arbeiterschaft und für die Mitbestimmung der Arbeiter im Betriebe; vor allem bei Fragen, die sich um die Steigerung der Produktion drehen. Wer glaubt, daß das Unternehmertum freiwillig auf diese Forderungen eingehen wird?"

Kein Arbeiter glaubt, daß das Unternehmertum freiwillig die Löhne erhöhen, die Arbeitszeit verkürzen, die Betriebsräte und Gewerkschaften entscheidend mitbestimmen lassen will. **Die Praxis hat den Arbeitern** diese Erkenntnis von der Hartnäckigkeit und Brutalität des Ausbeutertums eingehämmert. Deshalb gilt es wirklich, mit der gesamten Macht der Gewerkschaften und den Methoden des Klassenkampfes anzukämpfen gegen die Lohnsenkungen, die Betriebsstillegungen, die Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter und für den Achtstundentag und die Forderungen der Arbeitslosen. Am 27. Januar ist der Tag, an dem in großen, gewaltigen Massendemonstrationen die gesamte werktätige Klasse ihren Kampfwillen zum Ausdruck bringen muß.

Die Holzindustriellen rüsten zum Kampf

Wie uns von gut informierter Seite mitgeteilt wird, hat der Arbeitgeberverband für das sächsische Holzgewerbe in den letzten Tagen ein Rundschreiben versandt, aus dem hervorgeht, daß die Arbeitgeber des Holzgewerbes aus dem ganzen Reich am Freitag vor acht Tagen in Berlin zu einer Sitzung zusammengekommen sind, um über die Lage im Holzgewerbe zu beraten. In dieser Sitzung sind sie nach dem genannten Rundschreiben zu dem Entschluß gekommen, alle Lohnabkommen zum 4. Februar 1926 zu kündigen (das Lohnabkommen läuft seit 1. August vorigen Jahres). Der Holzarbeiterverband sei bereits davon unterrichtet worden. In einem beigefügten Rundschreiben verlangt der Arbeitgeberverband von seinen Mitgliedern Angaben darüber, inwieweit Facharbeiter, Hilfsarbeiter und ungelernte Arbeiter am 1. Juli 1914 beschäftigt waren, wie hoch damals die Stundenlöhne und der Akkordverdienst einschließlich Leistungszulagen und wie lange die Arbeitszeit bemessen war. Gleichzeitig sollen dieselben Angaben gemacht werden unter Zugrundelegung des 1. Oktober 1925 als Stichtag.

Mitgeteilt wird in diesem Rundschreiben weiter, daß hier und da die Holzarbeiter in den einzelnen Betrieben mit den Unternehmern örtlich vereinbart hätten, billiger als der im Tarifabkommen vorgesehene Lohn zu arbeiten.

Das Rundschreiben der sächsischen Holzindustriellen zeigt ganz klar, daß auch die Unternehmer dieser Sorte die Offensive gegen die Arbeiter beginnen, nachdem man jetzt infolge der Verlängerung der bestehenden Lohnverträge die Situation für gekommen erachtet, mit allen Kräften vorzustoßen. Die von dem Arbeitgeberverband geforderten statistischen Angaben schließen jeden Zweifel aus, daß mit dem gesammelten Material vor den sächsischen Schlichtern, die bisher immer offene Ohren und weitgehendstes Verständnis nur für die Wünsche der Unternehmer gehabt haben, die Begründung für eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Holzarbeiter abgeben sollen. Die Holzindustriellen wittern Morgenluft. Nachdem jetzt die sächsischen Metallindustriellen einen großangelegten Angriff gegen die Arbeiter vorbereiten, glauben nunmehr erneut die Holzindustriellen, einen Schlag auf den Lebens- und Lohnstandard führen zu können. Sie haben sich diesen Zeitpunkt gewählt, weil sie glauben, daß das ungeheure Heer der Erwerbslosen und die Wirtschaftslage ihnen die Durchführung ihrer Bestrebungen erleichtert. Die Holzarbeiter müssen sofort zu diesen Plänen Stellung nehmen und die Vorbereitungen zu diesen Auseinandersetzungen treffen. Hier kann es kein Ausweichen vom Kampfe mehr geben. Jetzt können die Holzarbeiter auch nicht mehr dulden, daß der bestehende Lohnvertrag verlängert wird. Jetzt gilt es nicht nur zur Abwehr, sondern zum Kampf um die Erhöhung der Löhne und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse die geschlossene Kampffront der Holzarbeiter herzustellen.

Um den Schiedsspruch der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Betriebs- und Vertrauensmännerversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes.

Die Versammlung hatte in erster Linie zu dem in Berlin gefällten Schiedsspruch Stellung zu nehmen, während in zweiter Linie die bevorstehende Generalversammlung behandelt wurde. Der Kollege Förster berichtete im ersten Punkt über den Stand der Lohnverhandlungen und kennzeichnete die Haltung des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden, der, die jetzige Wirtschaftslage ausnützend, gar nicht daran denkt, den Arbeitern auch nur einen Pfennig Lohnzulage zuzubilligen, obgleich er zugeben muß, daß der Lohn der Gemeindearbeiter ganz unzulänglich ist. Den Schiedsspruch, den die Bezirksschiedsstelle gefällt hatte, hat die Berliner Zentralinstanz bestehen lassen und nur die Frist des jetzigen Lohntarifs bis Ende April dieses Jahres aufgehoben. Der Filialvorstand, der zu dieser Frage Stellung genommen hatte, schlug vor, diese Regelung anzunehmen. Er ist der Meinung, daß eine Urabstimmung in der jetzigen Zeit nicht solche Resultate zeitigen könne, wie sie zur Führung eines Lohnkampfes gebraucht werden. Genosse Weidner trat dem entgegen. Er schilderte kurz die Auswirkungen des Dawesplanes und betonte dabei, daß wir auf lange Zeit immer mit einem großen Heer von Erwerbslosen rechnen können. Es sei daher Pflicht der Gewerkschaften, sich um die Erwerbslosen zu kümmern und die Führung im Kampfe der Erwerbslosen um Erhöhung ihrer Unterstützung zu übernehmen. Das sei der beste Schutz für die im Betrieb stehenden und um Lohnerhöhung kämpfenden Arbeiter. Wenn die Funktionäre und Mitglieder den Standpunkt des Filialvorstandes teilten, so besagt dieses, daß wir auf einen Kampf bis zur Behebung der Wirtschaftslage verzichten müßten. Genosse Weidner verlangte die Urabstimmung in den Betrieben. Bei der Abstimmung erhielt der Vorschlag des Filialvorstandes 68, der des Genossen Weidner 44 Stimmen. — Zu Punkt 2 — Bericht des Vorstandes — entspann sich eine Debatte zwischen dem Filialvorsitzenden und dem Genossen Weidner über die Aufgaben der Organisation in bezug auf Werbung neuer Mitglieder und ihrer Schulung. Der Genosse Weidner verlangte, daß mehr praktische Aufgaben in den Bildungskursen der Funktionäre behandelt werden müssen, und nicht, wie bisher, nur schöngeistige Materie. Bei der Wahl zum Filialvorstand wurden die drei besoldeten Kollegen des Filialvorstandes wiedergewählt. Hingegen entspann sich eine Debatte über die betriebsweise gemachten Vorschläge der unbesoldeten Kollegen. Hier hatten der Vorsitzende des Betriebsrates des Gaswerkes Reid und der des Tiefbauamtes versucht, ihre Unfähigkeit durch Rigorosität zu vertuschen, indem sie entgegen den gewerkschaftlichen Gepflogenheiten mit einer kleinen Klique ihrer Vertrauten die Vorschläge bestimmen wollten. Auch mußte Genosse Weidner die Handlungsweise dieser „sonst so begeisterten Demokraten" gehörig brandmarken. Leider erhielten durch die Geschäftsführung bei der Abstimmung diese Sorte Vertreter eine nicht ganz geringe Mehrheit. Die Aufgabe der Mitglieder muß es sein, bis zur Generalversammlung noch Sturm zu laufen gegen die Cliquenwirtschaft, in diesen Betrieben und in der Generalversammlung mit anderen Vorschlägen aufzuwarten. — Eine kurze Debatte entspann sich noch bei der Erhöhung resp. Umlegung des jetzigen Bildungsbeitrages in einen Lokalzuschlag. Der Filialvorstand wollte den jetzigen Beitrag von 10 Pf. pro Monat in 5 Pf. pro Woche umlegen und davon 40 Prozent zum Bildungsfonds verwenden und 60 Prozent aufsparen und als Unterstützungsfonds anlegen. Dagegen sprachen die Genossen Grunert und Weidner. Sie betonten, daß die Unterstützung der erwerbslos gewordenen Kollegen in erster Linie dem Staat zukommt und die Gewerkschaften dafür sorgen müßten, daß die Bezüge der Erwerbslosen beträchtlich erhöht werden. Dann langten 10 Pf. pro Monat aus, um den Bildungsfonds so zu gestalten, daß gearbeitet werden könnte. Es ist falsch, ohne eine Lohnerhöhung in der jetzigen Krise die Beiträge wegen solcher Fonds, mit denen man bei Unterstützungen gar nichts anfangen kann, zu erhöhen. Auch hier war eine zweifelhafte Mehrheit für den Vorschlag des Filialvorstandes zustande gekommen.

Das Wehrkreiskommando als Vermittlungsbureau für Betriebsfaschisten

Der Verband sächsischer Industrieller, Ortsgruppe Pirna, Breite Straße 27, 1, versendet an seine Mitglieder das Rundschreiben Nr. 1, in dem wir folgende interessante Anweisung an die Unternehmer finden:

„Wir glauben wieder einmal in Erinnerung bringen zu müssen, daß die Einstellung ehemaliger Wehrmachtsangehöriger im eigenen dringenden Interesse unserer Industrie liegt.

Es liegen eine große Anzahl von Meldungen beim Verband vor, darunter Kassenboten, Aufseher, Verwalter, Schlosser, Elektromonteure, Mechaniker, Chauffeure. Wir bitten, vor neuen Einstellungen sich mit unserem Hauptverband in Dresden oder dem Fürsorgeoffizier des Wehrkreises, Tel. Dresden 25 861, in Verbindung setzen zu wollen.

Der Bezug der Zeitschrift der Technischen Nothilfe „Die Räder" wird dringend empfohlen. Er ermöglicht es, einem großen Teil der Nothelfer zu seiner eigenen Orientierung Freiexemplare zukommen zu lassen und dadurch die Ausbildung und das Verständnis für die Richtung ausschlaggebend zu fördern. „Die Räder" kosten pro Jahr M. 5.—. Die Bestellung bitten wir über unsere Geschäftsstelle aufgeben zu wollen.

Verband sächsischer Industrieller, Ortsgruppe Pirna.
I. A. Rötzner."

Wer sind diese ehemaligen Wehrmachtsangehörigen, deren Unterbringung „im eigenen dringenden Interesse der Industrie" liegt? Niemand anders als die nationalistischen und deutschvölkischen Subjekte, die von den Unternehmern zur Bespitzelung der Arbeiter benutzt und gegen sie als Streikbrecher ausgespielt werden sollen. Nachdem die von den Unternehmern gezüchteten und von ihnen ausgehaltenen gelben Sumpfblüten, wie der Werkerbund und Deutschnationale Arbeiterverein, so jämmerlich zusammengebrochen sind und kein Arbeiter auf diesen Schwindel hereinfällt, versucht man jetzt, durch die Unterbringung dieser völkischen Banditen die Arbeiterschaft zu zersetzen. Hier müssen die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre bei der Einstellung solcher Elemente, die unter Umgehung des Arbeitsnachweises erfolgt, auf dem Posten sein. Das Unternehmertum, das sonst kein Geld zur Erhöhung der Löhne übrig hat, läßt es sich „im eigenen und dringenden Interesse" etwas kosten. Die Vermittlung dieser nationalistischen Streikbrechergesellschaft hat nach diesen Mitteilungen der „Fürsorgeoffizier" des Wehrkreises übernommen! Diese Fürsorge des Reichswehrkommandos für die Interessen der sächsischen Industriellen muß jedem Gewerkschaftler die Augen öffnen. Auch hier entpuppt sich erneut das Wehrkreiskommando der Reichswehr als ein zuverlässiges Instrument der Klassenherrschaft im Kampfe gegen die Arbeiter. Der Hinweis in diesem Rundschreiben auf die unentgeltliche Abgabe der Zeitschrift der Technischen Nothilfe „Die Räder" beweist, daß die Industriellen mit großem Kostenaufwand versuchen, unter allen Umständen eine großzügige nationalistische Streikbrechergarde zu organisieren. Diese Gefahren müssen gebannt werden. Hier gilt es, durch intensive Aufklärung und durch restlosen Zusammenschluß aller Arbeiter in ihren freigewerkschaftlichen Verbänden diese Pläne der Unternehmer zu durchkreuzen und dem Faschistengesindel die entsprechende Antwort zu erteilen.

Letzte Telegramme

Generalstreik auf den englischen Eisenbahnen?

Paris, 26. Januar. (Telunion.) Nach Londoner Meldungen haben die Vertreter der Eisenbahner die Forderungen aufgestellt, daß die neu einzustellenden Eisenbahner dieselben Löhne bekommen sollen, wie die bereits seit Jahren im Dienst befindlichen Arbeiter, ferner daß die gegenwärtigen Löhne als unerläßliches Mindestmaß gelten sollen. Die Vertreter der Eisenbahngesellschaften erklären, daß die Forderungen unter keinen Umständen angenommen werden können. Der Präsident des Nationalverbandes der Eisenbahner, Thomas, erklärte, daß die Delegierten die Gegenvorschläge der Eisenbahngesellschaften als unannehmbar verworfen hätten und unverzüglich über einen Antrag über Verkündung des Generalstreiks für Freitag abstimmen würden.

Grubenunglück in Frankreich

Paris, 25. Januar. (TU.) In den Gruben bei Clermont-Ferrant stürzte gestern ein vollbesetzter Förderkorb ab. Es gab vier Tote und vier Schwerverletzte.

Oesterreich läßt weißgardistische Mordbuben laufen

Wien. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts 1 fand gegen die russischen Weißgardisten Pichnow und Borodin, die in Bulgarien zur Ermordung des sowjetrussischen Gesandten in Wien gedungen worden waren, der Prozeß statt. Obwohl sich einwandfrei der geplante Mordanschlag nachweisen ließ, wurden die weißgardistischen Mörder, da sie den Mordversuch noch nicht begangen hatten, vom Klassengericht freigesprochen.

Aufhebung faschistischer Waffentransporte

Wien, 25. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In Graz wurde ein Transport von 40 Kisten mit Gewehren, Maschinengewehren und Waffen angehalten, der aus Italien nach Ungarn gehen sollte. Der Transport war den Eisenbahnern verdächtig, und sie verständigten die österreichische Polizei, die die ganze Sendung beschlagnahmte.

Schwerer Eisenbahnunfall in Rumänien

Bukarest, 25. Januar. (TU.) Sonnabend abend ereignete sich ein schwerer Eisenbahnunfall. Ein Güterzug, dessen Waggons mit Baumstämmen bepackt waren, stieß mit leeren Waggons zusammen. Der Anprall war so heftig, daß die Lokomotive und acht Waggons die Böschung hinabstürzte. Der Lokomotivführer, der Heizer und ein Grenzer wurden getötet.

Arbeitersport

Arbeitersportler, was liest du?

Ein Gebiet gibt es, auf dem auch der Arbeitersportler noch über alle Maßen sündigt — die Presse! Es ist erstaunlich, mit welcher Geringschätzung oft über die Presse diskutiert wird, wie wenig man den Wert der Presse gerade in den Arbeitersportkreisen erkannt hat. Erstaunlich ist auch manchmal, wie wenig man sich diesen Wert zunutze zu machen sucht. — Noch erstaunlicher ist, wie wenig man sich bewußt ist, daß man gegenüber den Zeitungen nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten hat.

Und noch erstaunlicher ist — als Folge des Zuletztgesagten — welch große Zahl von Arbeitersportlern noch Leser einer bürgerlichen Zeitung sind.

Es ist dabei nicht etwa nur an die Sportpresse gedacht, sondern vor allem auch an die politische Tagespresse. Wie oft findet man, daß in Proletarierfamilien die das gefährliche Gift der Indifferenz verbreitenden, sogenannten unpolitischen Zeitungen gelesen werden, oder gar aus Rücksicht auf die Gebräuchlichkeit ein bürgerliches Blatt gehalten wird. Bei Arbeitersportlern darf so etwas einfach nicht mehr möglich sein! Wenn einer nur Mitglied in einem Arbeiterturn- oder Sportverein der seinem Körper dienlichen Leibesübungen wegen ist, so kann er sich noch lange nicht als Arbeitersportler, wie er im Sinne der proletarischen Klassenbewegung zu verstehen ist, bezeichnen. Der wahre Arbeitersportler ist tatkräftiges Mitglied, Mitkämpfer für die große Sache: Befreiung des Proletariats aus den Klauen des Kapitals!

Dazu gehört aber vor allem auch das Lesen der Arbeiterpresse, die beauftragt ist, das Klassenbewußtsein des Arbeiters zu stärken, ihn immer und immer aufzurütteln, vorzubereiten, hinzuweisen auf seine bedeutsame Rolle, die er auf der Welt spielt, entgegen der ihm von der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zudiktierten.

In das Heim des Arbeitersportlers gehört die Arbeiterzeitung! Wer diese doch wahrlich einfache These nicht anerkennen will, ihr etwa sogar zuwiderhandelt, der schädigt seine Klassenbrüder und die Arbeiterbewegung. Und damit — sich selbst!

Deshalb ist es aber auch Pflicht jedes Arbeitersportlers, nicht nur selbst Leser der Arbeiterzeitung zu sein, sondern immer und immer, zu jeder Stunde bemüht zu sein, seiner seine eigenen Interessen vertretenden Zeitung neue Leser zuzuführen, damit die Zahl der Aufgeklärten sich steigere und der Arbeiterklasse helfe, die politische Macht zu erobern.

Nicht viel anders steht es um die Sportpresse. Auch hier gilt der Satz: Wer eine bürgerliche Sportzeitung liest, unterstützt seinen Feind, den er durch seine Mitgliedschaft in der Arbeitersportbewegung bekämpfen will. Darum: Hinweg mit allen privatkapitalistisch aufgezogenen, bürgerlich-sensationellen Sport-, Rekord- und Kanonenblättern, die aus dem Personenkult Geschäfte machen wollen und obendrein noch ein horrendes Geld kosten. Die Arbeitergroschen sind zu kostbar, um für die Volksseele vergiftende Zwecke ausgegeben zu werden.

Die Arbeitersportbewegung hat sich ihre eigene, von der Organisation herausgegebene Presse geschaffen, die allen Mitgliedern zum denkbar niedrigsten Preise alles Wissenswerte über den Arbeitersport fachmännisch vermittelt. Man findet in diesen Zeitungen alles, in den Bundesorganen Sportnachrichten aus dem ganzen Reiche und in den Kreiszeitungen alles Neue aus den Kreisgebieten. Der Inhalt der Zeitungen erstreckt sich vom erzieherischen Artikel bis zum einfachen Spiel- und Sitzungsbericht. Kurz: die Kreiszeitungen spiegeln das technische und organisatorische Leben der Kreise wider und sind bemüht, dieses stetig zu verbreitern und zu vertiefen.

Auch der 4. Kreis hat ein gut ausgestaltetes Kreisblatt, der „Sächsische Arbeiter-Sport", der nicht nur eine, sondern alle Sparten zu Worte kommen läßt, und der es wert ist, weiteste Verbreitung zu finden, von jedem Arbeitersportler gelesen zu werden.

Darum Arbeitersportler: Neben der politischen Arbeiterzeitung die Arbeitersportzeitung! Auf keinen Fall irgend welche Wisch-Waschi-Zeitung zweifelhafter Herkunft! A. K.

Sieg der russischen Spieler in Berlin

Berlin. Die Moskauer Fußballmannschaft, die während der letzten drei Wochen in Paris und in anderen französischen Städten eine Reihe siegreicher Spiel austrug, siegte am Sonntag gegen eine Berliner Städtemannschaft mit 7:0. Mehr als 7000 Arbeiter und Arbeitersportler wohnten dem Spiel bei und lieferten einen glänzenden Beweis der Sympathie für die russischen Genossen.

Fußballsport vom Sonntag

Untere Mannschaften.

Cossebaude 2—Sörnewitz 3 5:0, Pieschen 3—Rähnitz 2 4:3, Eintracht 2—Cotta 3 4:1, Löbtau 4—Burgk 3 14:0, Kleinnaundorf 2—Zauckerode 2 4:3, Pieschen 2—Kamenz 2 2:3 (Pieschen nur 8 Mann), Gittersee 3—Leschwitz 2 3:1, Fortschritt 2—DSV. 4, 5:0, Kötzschenbroda 2—Weinböhla 1 2:4.

Alte-Herren-Mannschaften.

Cotta—Pieschen 4 1:3, Kleinnaundorf—Burgk 4:3, Meißen—Löbtau 3:3.

Jugendmannschaften.

Cotta 1—Deuben 1 5:1, Pieschen 1—Eintracht 1 10:0, Rähnitz 1—Weixdorf 1 1:1, Cossebaude 2—Pieschen 2 8:2, Kötzschenbroda 1—Meißen 1 1:4.

Auswärtige Resultate.

Bezirk Leipzig.

Kreismeisterschaftsspiel: VfL. Stötteritz—Konkordia Chemnitz 5:2 (3:1). Nicht ganz so hoch wie der DSV., aber vielleicht sicherer wie der Bundesmeister vermochte der VfL. Stötteritz die Chemnitzer Concordiaten mit 5:2 zu schlagen. Der Meister des Chemnitzer Bezirks hatte in keiner Phase des Kampfes etwas zu bestellen. Der übereifrige Sturm stand den wenigen Chancen vor dem Tore des Leipziger Meisters hilflos gegenüber. Uebrigens war dieses Kreismeisterschaftsspiel ein Wasserballspiel im wahrsten Sinne des Wortes. In der 1. Halbzeit lieferte Stötteritz ein bestechendes Kombinationsspiel, das an die Zeit erinnert, als Stötteritz an dominierender Stelle des Bundes stand. Im Verlauf der zweiten Spielhälfte ließ der Altmeister etwas nach. Nicht weniger als 4 Tore kommen auf das Konto des spieltechnisch hochveranlagten Mittelstürmers. Prächtig flankte der Rechtsaußen das vierte Tor ein. Hervorragend war der Tormann der Chemnitzer. Gegen 4000 Zuschauer waren Zeugen eines jederzeit spannenden Kampfes.

Schleußig 1—Knautkleeberg 1 4:2, Engelsdorf 1—SpVgg. Ost 1 3:4, Arminia Süd—Sparta 5:1, Schleußig—Gohlis 4:3, Plagwitz—Lindenau 1:6, Wahren—Normannia 5:2.

Aus der Turnspielbewegung. Im Bezirk Dresden wurden bisher die Turnspiele in den Gruppen ausgetragen. Da die kleinen Landgruppen nicht so recht gedeihen konnten, ist im letzten Jahre mit dem Gruppensystem aufgeräumt worden. — Die Herbstrunde im Handball war nur kurz, da sich nur drei Voll- und vier Jugendmannschaften beteiligten. Friedrichstadt konnte seine beiden Serienspiele gewinnen. Leider ist diese Handballmannschaft wieder aufgelöst worden. — An den Ausscheidungsspielen im Faustball nahmen 34 Voll-, 23 Jugend- und 8 Spielerinnenmannschaften teil. Die Runde begann Anfang September und geht nun ihrem Ende entgegen. In der 1. Klasse ist der Bezirksmeister ermittelt, Friedrichstadt heißt er. Zum dritten Male gewann diese Mannschaft mit 21 Punkten die Meisterschaft und erzielte ein Torverhältnis von 138:21 in 11 Spielen. Kaditz, Pieschen und Neustadt belegen gute Plätze, während die anderen Mannschaften stark abgefallen sind. In der zweiten Klasse ist alles noch ungeklärt. Bossendorf, Hermsdorf, Cunnersdorf und Altstadt bilden die Spitzengruppe. Die Spiele der Spielerinnen wurden der Kälte wegen abgebrochen, doch liegt schon jetzt Kaditz mit vier Punkten Vorsprung vor Neustadt und Friedrichstadt. In der 1. Jugendklasse liegen Cotta und Plauen an der Spitze. — Im allgemeinen läßt sich sagen, daß Wintersport, Kälte und Wirtschaftskrise sehr die volle Tätigkeit der Turnspiele hemmen. Anfang April soll die Faust-, Schlag- und Trommelballrunde beginnen. Die Handballrunde nimmt am 7. Februar mit 4 Voll- und 3 Jugendmannschaften ihren Anfang.

Arbeiter-Samariter-Bund, e. V. Kolonne Radeberg in Sa. Jahresbericht. Am 17. Januar fand in Fuchshalds Restaurant die Generalversammlung der Arbeiter-Samariter-Kolonne statt. Der Vorsitzende begrüßte die Erschienenen und gab den Jahresbericht. Aus diesem ging hervor, daß wieder ansehnliche Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit geleistet worden ist. Es sind 208 Wachen, 2 Nachtwachen und 2 Wochenpflegen ausgeführt worden. Unfälle waren insgesamt 215 zu verzeichnen. Transporte wurden 24 nach dem Krankenhaus, 12 zum Arzt, 14 nach der Wohnung und 3 nach auswärts ausgeführt. Uebungen wurden mit auswärtigen Kolonnen 8 abgehalten, außerdem eine Nachtalarmübung. Lehrkurse wurden 2 abgehalten, wovon der zweite noch nicht beendet ist. Die gesamte Einwohnerschaft Radebergs und Umgebung sei nochmals auf die bestehenden Unfallmeldestellen der Arbeiter-Samariter-Kolonne aufmerksam gemacht.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Reichenau. Mittwoch, den 27. Januar, abends 8 Uhr Uebungsabend im Sportheim. Herr Schadendorf hält seinen 2. Vortrag.

Arbeiter-Radio-Klub Dresden. Mittwoch, den 27. Januar, abends 8 Uhr Vortrag des Ingenieurs Altendorf über Schaltungen (Detektorschaltungen) im „Braunschweiger Hof", Freiberger Platz. — Gruppe Neustadt. Donnerstag, den 28. Januar, im „Neustädter Eberlbräu", Grenadierstraße 6, Vortrag über Röhren und Röhrenmeßgerät, gehalten von Ingenieur Göhring. Gäste willkommen. — Karten zu dem am 6. Februar stattfindenden Bunten Abend sind noch bei den Mitgliedern und in der Buchhandlung A. Althus, Große Meißner Straße 9, zu haben.

Mandolinenverein „Rigoletto". Jeden Mittwoch, abends 7.30 Uhr, im Restaurant „Schützenliesel", Röhrhofsgasse. Daselbst Anmeldungen für Neuaufnahmen. Beginn des Anfängerkursus nächste Woche.

Esperanto

Olbersdorf. Mittwoch, den 13. Januar, fand die Jahreshauptversammlung der Arbeiter-Esperanto-Gruppe „Supren al lum", Olbersdorf, statt. Genosse R. Wünsche eröffnete 7.30 Uhr die Versammlung und begrüßte die erschienenen Gruppenmitglieder und Kursusteilnehmer. Sämtliche Berichte wurden in Esperanto gegeben und nachher ins Deutsche übersetzt. Aus den Berichten ergab sich, daß die Arbeiter-Esperanto-Bewegung auch in unserem Orte gute Fortschritte zu verzeichnen hat. Zum Anfängerkursus meldeten sich 11 Teilnehmer zur Gruppe an. Dadurch erreicht diese die Stärke von 30 Mitgliedern. Gewiß ein schöner Erfolg der erst vier Monate bestehenden Gruppe. Dem internationalen Bund „Sat" meldeten sich 11 Mitglieder an. Weiter wurde beschlossen, von Arbeitslosen nur die halben Beiträge zu kassieren. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende um 10 Uhr die Versammlung mit dem Wunsche für ferneres Blühen und Gedeihen der Arbeiter-Esperanto-Bewegung. Nach dem Singen einiger proletarischer Lieder in Esperanto, gingen die Versammelten auseinander.

„Pilinteo."

Wohin gehört der proletarische Briefmarkensammler (Philatelist)?

Die Zahl der in Verbänden organisierten Briefmarkensammler wird von der Fachpresse auf zirka 2½ Millionen geschätzt; davon allein in Deutschland zirka 450 000. Rechnet man davon nur 40 Prozent der proletarischen Klasse angehörig, so kommt man auf die stattliche Zahl von einer Million Sammler, die unter dem Einfluß bürgerlicher Elemente stehen. Dies muß abgeschafft werden. Genau wie wir dem bürgerlichen Sport den Arbeitersport entgegensetzen, müssen wir die Arbeiterphilatelisten in einer proletarischen Organisation zusammenfassen, um sie dem Einfluß der Händler und Spekulanten zu entreißen. Darum Arbeiter, heraus aus den (neutralen?) bürgerlichen Vereinen und Klubs. Kämpft mit uns gegen Spekulanten und Fälscher und die Sammlerwelt beeinflussende Briefmarkenbourgeoisie. Schließt euch dem proletarischen Rundenbezirkel „Pilinteo" an. Nähere Auskunft durch: R. Lehmann, Dresden-N. 6, Röhrenstraße 23, Hh.

KPD-Versammlungskalender

An alle UB., Ortsgruppen und Zellen des KJVD. im Bezirk Ostsachsen. Laut Rundschreiben vom 20. Januar teilten wir der Organisation mit, daß am 31. Januar in Dresden eine Reichsgewerkschaftsfunktionärkonferenz tagt. Da am gleichen Tage in Dresden die Demonstration für Volksentscheid gegen Fürstenabfindung stattfindet, wird die Konferenz auf den 7. Februar verschoben. Lokal bleibt dasselbe. Wir bitten dies zur Kenntnis zu nehmen. Bez.-Ltg. des KJVD. Ostsachsen.

KJ. Neustadt. Alle Funktionäre haben Dienstag, den 26. Januar, im „Laulbachhof" zu erscheinen. Kassenmaterial mitbringen. — Donnerstag, den 28. Januar, abends 7.30 Uhr Gruppenabend bei Schiman, An der Dreikönigskirche Nr. 2.

Steindrucker, Lithographen! Dienstag den 26. Januar abends 5 Uhr, wichtige Sitzung aller Genossen in Bräuer Restaurant, Baustr. 14.

Erwerbslose, Kurzarbeiter, Ausschuß der KPD. Bürger Mittwoch, vormittags 10 Uhr, Fraktionssitzung.

KJ. Pieno. Mittwoch, den 27. Januar, Arbeitsgemeinschaft beim Genossen K. K.

KJ. Pirna. Freitag, den 29. Januar, Mitgliederabend. Gäste willkommen.

KPD. Ortsgruppe Meißen. Funktionäre und Stadtverordneten-Fraktion gemeinsame Sitzung. Gewerkschaftsheim Zimmer 3.

UB. Bautzen. Arbeiter heraus! Mittwoch, den 27. Januar, nachmittag 3 Uhr auf dem Kornmarkt große Demonstrationsversammlung. — Dienstag, den 26. Januar, Leninkursus. — Donnerstag, den 28. Januar, abends 7 Uhr Gew.-Abt.-Sitzung. Die dazu bestimmten Genossen haben pünktlich zu erscheinen.

KPD. Metallarbeiter, Ortsgruppe Zittau. Dienstag, den 26. Januar, nachmittag 5.30 Uhr wichtige Fraktionssitzung.

KPD., Ortsgruppe Zittau. Dienstag, den 26. Januar, abends 7.30 Uhr in „Stadt Metz" wichtige Mitgliederversammlung. Bericht vom Bezirkstag.

Frauengruppe Ebersbach-Friedersdorf. Donnerstag, den 28. Januar, abends Punkt 8.30 Uhr Sitzung bei der Genossin [illegible] Schneider in Oberfriedersdorf Nr. 5.

RFB-Versammlungskalender

RFB., Tambourzug Groß-Dresden stellt Mittwoch den 27. Januar abends 7.30 Uhr auf dem Wilhelmplatz.

RFB. Groß-Dresden stellt sich am Mittwoch 6.30 Uhr auf dem Wilhelmplatz zur L.-L.-L.-Kundgebung in der „Reichskrone". Tambourzug muß pünktlich zur Stelle sein. Gauleitung.

Alle Genossen, welche im Besitze einer Fahne sind, müssen diese Mittwoch bis 6 Uhr in der „Reichskrone" abgegeben haben.

RFB., Abteilung 2, Zentrum. Mittwoch, den 27. Januar, 5.30 Uhr Stellen auf dem Fischhofplatz. Alles hat zu erscheinen.

Abt. 3 und 16 Laubegast stellt 5.30 Uhr nachmittags Pohlandplatz.

Roter Jungsturm, Abteilung 4, Neustadt-Ost. Donnerstag, den 28. Januar, abends 7.30 Uhr Stellen zum Ausmarsch auf dem Bischofsplatz an der Uhr. Andere Kameraden und Gäste willkommen. — **Gruppenabend fällt diese Woche aus.**

RJ. Abteilung 1, Südwest. Dienstag, den 26. Januar, wichtige Versammlung im Restaurant „Forsthof". Alles hat zu erscheinen. Proletarische Vorlesung. Material dazu mitbringen.

Amtliche Bekanntmachung

— Freital —

Der Verkauf von zollfreiem Gefrierfleisch

ist bis auf weiteres nachstehenden Fleischereien übertragen worden:

Geißler, Dorfplatz 11.
Büttner, Poisentalstraße 43.
Horn, Kurt, Obere Dresdner Straße 53.
Hofmann, Kreuzstraße 4.
Hering, Poisentalstraße 64.
Leinert, Obere Dresdner Straße 100.
Kühne, Obere Dresdner Straße 35.
Knötzschke, Brückenstraße 9.
Walther, Alfred, Güterstraße 10.
Walther, Conrad, Brückenstraße 25.
Claus, Obere Dresdner Straße 31.
Eichner, Hauptstraße 31.
Schramm, Weißiger Straße 43.
Schuster, Weißiger Straße 2.
Greiner, Ziegelstraße 1.
Hille, Untere Dresdner Straße 68.
Kummer, Untere Dresdner Straße 60.
Lohse, Coschützer Straße 14.
Lempe, Schulstraße 16.
Mensch, Turnerstraße 10.
Meschke, Burgwartstraße 5.
Rademacher, Untere Dresdner Straße 48.
Wagner, Untere Dresdner Straße 27.
Zschocklitz, Coschützer Straße 49.
Heinig, Burgker Straße 112.
Riedel, Gitterseer Straße 3.
Stade, Zschiedge 1.
Schönberger, Bergerschachtweg 2.
Kittner, Coschützer Straße 62.
Kießling, Saalhausener Straße 1.
Flügel, Wilsdruffer Straße 180.

Rat der Stadt Freital, am 13. Januar 1925.

Theater am Wasaplatz

Allabendlich 8 Uhr:

Das Glücksmädel!

Ein fröhliches Spiel mit Musik in 3 Akten von Wallmann u. Schwartz. — Musik von Schwartz

Sonntags 3½ Uhr nachm.

Wie Klein-Else das Christkind suchen ging!

Weihnachtsmärchen von Fr. Lehmann-Haupt. Musik von Julius Laubner

Genosse sucht einfach möbl. Zimmer zum 1. Februar 1926

Angebote mit Preis unter **W. M.** an die Expedition der „Arbeiterstimme".

Halt!

Unser **Inventur-Ausverkauf** hat begonnen

Wir bringen außerordentlich günstige Angebote

Beachten Sie unsere 9 Schaufenster!

Oestreich's Schuhhäuser, Dresden

Jahnstr. 5 am Wettiner Bhf. und Königsbrücker Str. 3b am Albertplatz

Tymians Thalia-Theater Täglich 8 Uhr

Das einzige wirkliche Volkstheater Dresdens

Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Die guten Saftwürstchen, die guten Altdeutschen Würstchen, die gute Knoblauchwurst

täglich frisch von 4 Uhr ab warm

Emil Paul, Fleischermeister, Pirna, Markt 14

Hermann Müller, Inh. Karl Heinemann

Freital-P., Unt. Dresdner Str. 55, Tel. 365

Beerdigungsanstalt „Pietät"

Kutsch- und Lastfuhrwerk

Steinkohlen, böhmische Braunkohlen, Briketts, Koks, Holzkohlen, Brennholz

Schloßkeller Bautzen

Täglich: Erstklassiges

Damen-Salonstimmungsduo

Wo ist Schmidt Paul? genannt der Steife

Im Liliengarten, Liliengasse 25

Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr Frühschoppen-Konzert

Achtung! Achtung!

M. u. A. Zocher

Zigarren · Zigaretten · Tabak

Arbeiterliteratur

Bautzen! Bautzen!

Drucksachen aller Art liefert

PEUVAG

Dresden, Ritzenbergstr. 2